

Die wirtschaftliche Machtkonsolidierung der USA - China als Bedrohung der Hegemonie im 21. Jahrhundert: eine volkswirtschaftliche Untersuchung

Kieseler, Leonard

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Sonstiges / other

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kieseler, L. (2018). *Die wirtschaftliche Machtkonsolidierung der USA - China als Bedrohung der Hegemonie im 21. Jahrhundert: eine volkswirtschaftliche Untersuchung*. (IPW Selected Student Paper, 66). Aachen: Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59499-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0>

IPW Selected Student Paper 66, Oktober 2018

Leonard Kieseler

Die wirtschaftliche
Machtkonsolidierung der USA –
China als Bedrohung der
Hegemonie im 21. Jahrhundert
Eine volkswirtschaftliche Untersuchung

Leonard Kieseler

Die wirtschaftliche Machtkonsolidierung der USA – China als Bedrohung der Hegemonie im 21. Jahrhundert: Eine volkswirtschaftliche Untersuchung

IPW Selected Student Paper 66, Oktober 2018

Institut für Politische Wissenschaft
RWTH Aachen University
Mies-van-der-Rohe-Str. 10 | 52074 Aachen

IPW Selected Student Papers
ISSN 1862-8117

Titelbild: IPW, Jan Hendrik Borggreven



Dieses Werk ist lizenziert unter einer
Creative Commons Namensnennung 3.0 Deutschland Lizenz.

In der Reihe IPW Selected Student Papers veröffentlicht das Institut für Politische Wissenschaft herausragende Arbeiten von Studierenden des Bachelorstudiengangs Gesellschaftswissenschaften, des Masterstudiengangs Politikwissenschaft sowie der politikwissenschaftlichen Lehramtsstudiengänge.

1. Einleitung	2
2. Wirtschaftliche Macht in den Internationalen Beziehungen	3
3. Amerika als Hegemonie des 20. und 21. Jahrhunderts - Der Prozess.....	8
3.1. Das Bretton-Woods-System - Zentrum der internationalen Ökonomie	9
3.2. Die finanzielle Revolution - Transformation der US-Hegemonie	13
4. Ein Vergleich mit Gramscis Hegemonietheorie	17
5. Die chinesische Volkswirtschaft als Bedrohung	20
5.1. Potenziale der chinesischen Volkswirtschaft.....	20
5.2. Ausweitung der wirtschaftlichen Macht	26
5.2.1. Etablierung des Renminbi (RMB) als Leitwährung.....	28
5.2.2. Die Bildung der „Asian Infrastructure Investment Bank“ (AIIB)	32
6. Fazit	34

1. Einleitung

Die meisten Menschen assoziieren mit dem Akronym „USA“ Dominanz. Das kommt nicht von irgendwo her. Die USA definiert seit ungefähr 80 Jahren unsere Weltordnung. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind sie faktisch jedem Land auf der Welt in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Art überlegen und können somit als Hegemonie bezeichnet werden. Hegemonien entstehen aus der Existenz von verschiedenen Fähigkeiten unterschiedlichster Staaten. Die Fähigkeit der USA ist es, Beziehungen zu schaffen und diese für sich zu nutzen. So luden die Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg eine Vielzahl von Nationen in den südöstlichen Bezirk der Stadt Carroll im Bundesstaat New Hampshire ein – auch genannt „Bretton-Woods“. Was die anderen Nationen nicht wussten war, dass hier die Manifestation der amerikanischen Hegemonie beschlossen wird. Das nach den Tagungen ratifizierte „Bretton-Woods-System“ gilt heute als Geburt des „exorbitant privileg“ – der Dominanz des US-Dollars – und somit der bis heute andauernden wirtschaftlichen Vormachtstellung Amerikas. Nachdem das Bretton-Woods-System ausgedient hatte, übernahm mit der Finanzialisierung der US-Dollar das Steuerrad amerikanischer Innen- und Außenpolitik. Seither kumuliert der amerikanische Finanzmarkt so viel Kapital wie kein anderer auf der Welt. Ganze Staaten sind von den Großbanken der Wallstreet abhängig. Und so begründet sich die bis heute andauernde Macht Amerikas.

Der ungleichzeitige Wachstumsprozess in unserer ökonomischen Ordnung führt jedoch dazu, dass Staaten bedingt durch Zeit und Erosion an Macht verlieren, während andere Staaten zu neuen Weltmächten heranwachsen. So wird in den Medien berichtet, dass erste Tendenzen den Machtverlust Amerikas andeuten. Spätestens 2035 soll anstelle der USA das „Reich der Mitte“ die Weltordnung – militärisch wie wirtschaftlich – anführen. Ein eindrucksvolles Wirtschaftswachstum kündigt also das „chinesische Jahrhundert“ an. Die zukunftsorientierten Projektionen stiften an den Märkten Unruhe. Erste Handelskriege verweisen auf die Ernsthaftigkeit der aufkommenden Spannungen zwischen den USA und China. Die USA werden nicht tatenlos zusehen, wie der 1,3 Milliarden Einwohner starke Binnenmarkt Chinas den Status als wirtschaftliche Hegemonie an sich reißt.

Im Rahmen dieser Arbeit wird der wirtschaftliche Aufstieg Amerikas zur globalen Hegemonie beschrieben. Anschließend daran wird die Volkswirtschaft Chinas auf mögliche Potenziale untersucht. Ist China ein wahrhaftiger Konkurrent der USA? Eine Frage, die in folgender Ausarbeitung Antwort findet.

2. Wirtschaftliche Macht in den Internationalen Beziehungen

Das Verständnis von „Macht“ hat sich seit Beginn der Wissenschaft um die Internationalen Beziehungen und insbesondere um die internationale politische Ökonomie geändert. Immer wieder wird versucht, dem Zeitgeist entsprechend eine neue Definition der Macht zu formulieren. Hierbei wird stets zwischen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Macht unterschieden. Eine eindeutige Abgrenzung zwischen den drei Formen der Macht ist hinsichtlich hoher Wirkungsgrade untereinander nicht möglich. So ist der Militarismus stark an die wirtschaftliche Tragfähigkeit eines Staates geknüpft, die wiederum auf einer funktionierenden Politik fußt. Während politische Macht als Teil des üblichen politischen Tagesgeschäfts gezählt werden kann, ist militärische Macht oder Gewalt die „letztendliche Form der Macht“ (Gilpin1975: S. 24) und somit als *harte* Macht einzuordnen. Die *Harte* Macht ist sichtbar und bietet die Möglichkeit, Ergebnisse durch Zwang oder Kauf, durch Androhung oder zuweilen Anwendung physischer oder militärischer Gewalt herbeizuführen (vgl. Nye2011: S. 43). Die Gesellschaft neigt dazu, verschiedenste Formen der Macht unter der gerade gegebenen Definition zu subsumieren. Wogegen die harte Macht offensichtlich ist, verhalten sich die *weiche* und *intelligente* Macht, die auch als kooperative Mächte bezeichnet werden, deutlich subtiler und beschreiben die Kunst des Überredens und des Netzwerkens. Die drei Formen der Macht unter erster zu subsumieren ist insofern nicht sinnvoll, da zu jeder Form von Macht auch ein spezifisches Ziel passt. Nicht jedes Ziel ist mit den jeweiligen Formen der Macht kompatibel. So ist die Ausbreitung der Demokratie mit dem Einsatz harter militärischer Mittel nur wenig hilfreich (vgl. Nye2011: S. 44). Die *weiche* Macht hingegen kann durch Diplomatie und Anreize polarisieren und eine politische Ideologie verbreiten.

„America will remain the anchor of strong alliances in every corner of the globe. And we will renew those institutions that extend our capacity to manage crisis abroad, for no one has a greater stake in a peaceful world than its most powerful nation” (White House Press2013)

Barack Obama

Während der „*Realismus*“ als politische Theorie und Handlungsform durch den rücksichtslosen Militarismus Europa in ein tausendjähriges Schlachtfeld verwandelte, ist der heutige „*liberale Institutionalismus*“ bzw. „*Neoliberalismus*“ wankender Stützpfeiler unseres europäischen Friedens. In Abgrenzung zum „Ich-zentrierten“ Realismus lässt der Neoliberalismus gepaart mit der Globalisierung des 20. und 21.

Jahrhunderts die Relevanzsteigerung internationaler Zusammenarbeit und Entstehung interstaatlicher Institutionen zu. „Die Entwicklung des Institutionalismus muss auch vor dem Hintergrund der fortschreitenden Verrechtlichung der Internationalen Beziehungen, der Ausweitung der zwischenstaatlichen Kooperation und dem wachsenden Einfluss nichtstaatlicher Akteure, wie multinationaler Unternehmen und NGO's gesehen werden“ (Schwuchow2014: S. 33). Die Welt und ihre Nationen sind immer intensiver verknüpft und weisen vor allem hinsichtlich des genauso weit entwickelten Welthandels Interdependenzstrukturen auf. Die Konsumgesellschaft der letzten dreißig Jahre ist alleinig durch Subsistenzwirtschaft lokaler Güter nicht zu befriedigen. Qua de causa muss diese Befriedigung – auch um innerstaatliche Auseinandersetzungen zu vermeiden – durch zwischenstaatliche Kooperation ermöglicht werden. Der prämierte Wissenschaftler Robert O. Keohane beschreibt in seinem Werk „After Hegemony“ genau diesen Prozess. Die höchste Priorität des Staates bleibt auch im Neoliberalismus fortwährend die Sicherheit des eigenen Volkes. Die zwischenstaatlichen Beziehungen werden jedoch immer bedeutender und nicht mehr von der innerstaatlichen Politik isoliert (vgl. Keohane1984: S. 7ff.). Die innerstaatliche Politik erhebt sich somit auf die Bühne der internationalen Politik.

Zunächst könnte die internationale Politik als „Gesamtheit aller Interaktionen definiert [werden], die auf die autoritative Verteilung von Werten jenseits staatlicher Grenzen gerichtet sind“ (Lauth, Zimmerling2010: S. 19). Die autoritative Verteilung wird nach der neoliberalen Theorie von sich herausbildenden übergeordneten Institutionen durchgeführt. Entgegen des realistischen Axioms gibt es demnach keinen permanenten Anarchiezustand, sondern einen sich konsequent weiterentwickelnden Zyklus, der auch als Hegemoniezyklus beschrieben wird und sinnbildlich für die Herstellung von Ordnung steht. Keohane separiert den Neoliberalismus nicht von der Hegemoniezyklentheorie, sondern sieht beide Ansätze in eindeutigem Zusammenhang.

Vor allem die wirtschaftliche und militärische Macht in den Internationalen Beziehungen lassen ein solches Ordnungsmuster zu. Diesbezüglich müssen zwei Frage gestellt werden:

1. Können unabhängige Staaten in einer wirtschaftlich stark vernetzten Welt existieren und kooperieren?
2. Führt die staatliche Interdependenz nicht immer zu Hegemonieordnungen, in der ein Staat dem anderen übergeordnet ist und somit in der internationalen Ordnung hierarchische Strukturen schafft?

In diesem Zuge stellt Keohane heraus: „As long as a world political economy persists, therefore, its central political dilemma will be how to organize cooperation without hegemony” (Keohane1984: S. 10). Vernetzung, Ordnung und Macht stehen demnach in direkten Zusammenhang.

Eine allgemeine Charakterisierung von Hegemonie und Macht in den Internationalen Beziehungen ist in einer volkswirtschaftlichen Ausarbeitung wie dieser zu umfangreich. Da sich die Internationalen Beziehungen jedoch vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg über die Hegemonie der Vereinigten Staaten von Amerika immer stärker der internationalen Ökonomie öffneten, wird im folgenden Abschnitt gezielt auf die „wirtschaftliche Macht“ in unseren gegenwärtigen Hegemoniestrukturen eingegangen. Das obige Zitat gibt einen ersten Eindruck. Offensichtlich reklamieren die Vereinigten Staaten die Position des Weichenstellers oder auch „Ankers“ der internationalen Allianzen sowie Handels- und Kapitalströme für sich. Ob die Antizipation dieser Position gerechtfertigt ist, wird im darauffolgenden Kapitel genauer erläutert.

Wirtschaftliche Macht

Als der Eiserne Vorhang Berlin und damit die zwei Großmächte USA und UdSSR sowie ihre militärischen Aufgebote am Checkpoint Charlie teilte, sprachen Beobachter von der Versinnbildlichung geopolitischer Machtdemonstration. Die Beendigung des Krieges liegt nicht der Annexion des anderen zu Grunde, sondern der wirtschaftlichen *Ohnmächtigkeit* der UdSSR. Der exorbitante monetäre Aufwand des Rüstungskrieges lief schlussendlich auf die innerstaatliche Zersetzung der UdSSR hinaus. Ein Staat, der wirtschaftlich ohnmächtig ist, kann auf der weltpolitischen Bühne nicht bestehen. Erfolgreiches Agieren hängt demzufolge von wirtschaftlicher Macht ab. Schon der Marxismus, der schlussendlich durch den totalitären Kommunismus Stalins als Geisel genommen wurde, etikettiert die Wirtschaft als „[den] eigentliche[n] Unterbau der Macht, [bei dem] die politischen Institutionen [...] nichts weiter als ein »parasitärer« Überbau [sind]“ (Nye2011: S. 91).

Die Beziehung zwischen dem Staat und den nicht staatlichen Akteuren, also Institutionen sowie privaten Unternehmen, ist dementsprechend sehr diffus. Vor allem die Finanzialisierung der 80er Jahre leitete die Autoritätsübernahme des Kapitals ein. John Kay, Wirtschaftsautor bei der *Financial Times*, postuliert ebenfalls: „International trade is conducted by individuals and businesses, not governments [...]” (Kay2009). Um den Wertschöpfungsprozess der Volkswirtschaft und damit die Multiplikation der

wirtschaftlichen Macht nicht zu stören, ist nach Kay die wichtigste Rolle des Staates das „nicht eingreifen“, was einer stark liberalen Einschätzung entspricht. Nye beschreibt die Signifikanz multinationaler Unternehmen und Institutionen ähnlich, betont jedoch ferner: „[...] daraus lässt sich aber nicht ableiten, dass es Staaten an wirtschaftlicher Macht fehlen würde. Wie viel Macht sie ausüben können, hängt aber auch hier wieder vom Kontext ab, insbesondere von der Beschaffenheit des Marktes“ (Nye2011: S. 94).

Die *Beschaffenheit* des Marktes ist ein zentraler Punkt, um wirtschaftliche Macht ausüben zu können. Im obigen Zitat ist die Rede von einem „Anker“ oder „Knotenpunkt“ inmitten internationaler Allianzen. Wie beschrieben versuchten damalige Großmächte, durch harte militante Macht die Welt zu erobern. Dieser Trend wurde über die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts weiter getragen, blasste aber insbesondere nach dem Kalten Krieg ab. Harte Machtausübung im Sinne von militärischem Krieg ist seither immer bedeutungsloser geworden. Wirtschaftliche Macht als *weiche* Macht ist das Instrument des 21. Jahrhunderts. *Weiche* Macht setzt eine strategische internationale Vernetzung voraus. Innerhalb dieser multilateralen Beziehungen nehmen verschiedenste Staaten verschiedenste Positionen ein. Und eben hier ist die Beschaffenheit des Marktes also die Gefügigkeit des Marktes sehr wichtig. Ein Schlüsselaspekt wirtschaftlichen Machtverhaltens ist die Umstrukturierung und Neuauslegung des Marktes. Im Gegensatz zu anderen Machtfaktoren ist die Wirtschaft „fluiden“ Charakters und kann demgemäß situationsspezifisch ausgerichtet werden. Stärke und Dominanz am Markt kann durch harte Instrumente wie finanzielle Sanktionen, Zölle, Wechselkursmanipulationen oder Regularien sowie Quoten demonstriert werden (vgl. Baldwin1985: S. 41). Die eigentliche Essenz wirtschaftlicher Macht liegt jedoch in der Bildung von Monopolen. Und zwar solchen, die Anziehungskraft produzieren und bewusst Interdependenzen in den multilateralen Netzwerken platzieren. Um Hegemon binnen dieser Interdependenzstrukturen zu werden, gilt ein in der Wirtschaft allgemein gültiges Grundmotiv: Die Abhängigkeit des Anderen von mir muss immer größer sein als meine Abhängigkeit von ihm (vgl. Nye2011: S. 95).

Vollkommene symmetrische Interdependenzen sind im Regelfall nicht auffindbar. In einer durch Abhängigkeit gekennzeichneten Beziehung bilden sich zwangsläufig Machtverhältnisse, die wiederum nutzbare Machtpotenziale freisetzen. Werden diese genutzt, dann schaden oder nutzen Machtpotenziale den Beziehungspartnern in unterschiedlicher Intensität und Dauer. Nye's und Keohane's *Interdependenztheorie* beschreibt das Beziehungsverhältnis wirtschaftlicher Akteure genauer.

Wie auch in einer rein sozialen Beziehung reagieren Partner auf Handlungen des Anderen mit einer gewissen *Sensibilität* und *Verwundbarkeit*. Während die Sensibilität einen kurzfristigen Prozess beschreibt, folglich als „wirtschaftliche Inkubationszeit“ angesehen werden kann, stellt die Verwundbarkeit die Dauer und Kosten von Veränderungen innerhalb einer Volkswirtschaft dar. Als Beispiel ist die Asienkrise 1998 zu nennen. Ursprung der Krise war eine Spekulationsblase in den südostasiatischen Volkswirtschaften. Als die Investitionsblase platzte, kam es zu rasanten Kapitalabzügen aus den betroffenen Staaten. Der Kapitalabzug und die simultane Reinvestition in den US-Staatsanleihenmarkt verschärfte die Krise nochmals. Die Währungen der asiatischen Staaten wurden bisher über den US-Dollar gemanagt oder sogar an ihn gekoppelt. Kursentwicklungen des Dollars bestimmten demnach die Währungsentwicklungen vor Ort. Durch die Investitionen in den US-Staatsanleihenmarkt stieg der Dollarkurs und infolgedessen auch der Wert der asiatischen Währungen. Die exportgestützte Wirtschaftsgrundlage der asiatischen Staaten erodierte. Staatspleiten waren unumgänglich. In Amerika hingegen war lediglich ein Rückgang des Wirtschaftswachstums um 0,5 Prozent zu verzeichnen. Ende 1998 beschleunigte sich das BIP-Wachstum sogar auf sechs Prozent. Der Dow Jones brach erstmalig die 10.000 Marke (vgl. Racota 1999: S. 5f.). In diesem Beispiel lässt sich die Sensibilität eindeutig von der Verwundbarkeit abgrenzen. Der amerikanische Finanzmarkt sowie die gesamte Volkswirtschaft reagierten sehr schnell und demzufolge sensibel auf die wirtschaftliche Anomalie in Südostasien. Die erhöhte Währungsvolatilität hatte sehr direkte – jedoch nur marginale – Auswirkungen auf die Bilanzen Amerikas. Der US-Finanzmarkt reagierte folglich sensibel, aber nicht verwundbar auf wirtschaftliche Unruhen in Asien.

Das Beispiel zeigt auf, warum die USA durch den protektiven US-Dollar sehr schnell Asymmetrien in Abhängigkeitsrelationen schafft. Der Devisenmarkt ist deswegen nicht nur eine Kumulation von diversen Währungen, sondern ist zugleich auch eine Kumulation von Macht und Machtverhältnissen. Infolgedessen „sind Asymmetrien ein besonders wichtiger und wirkmächtiger Aspekt wirtschaftlicher Macht [...]“ (Nye 2011: S. 100) auf dem Devisenmarkt. Bei der Verfolgung politischer Ziele können Staaten und Institutionen die internationalen Währungsbeziehungen als Instrument der Zwangsgewalt nutzen. So können bilaterale Währungsbeziehungen von einem der Akteure manipuliert, dominiert oder gestört werden. In diesem Zusammenhang verweist Robert Gilpin auf wirkungsvolle „Incentive“ – Protektionismus, Handelsverträge, Entwicklungshilfe –, durch die Staaten die Abhängigkeit in einer bilateralen Beziehung steigern oder

schwächen können. Darüber hinaus fügt er hinzu: „International economic relations are never purely economic; they always have profound implications for the economic autonomy and political independence of national societies” (Gilpin2001: S. 82). In Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklung Amerikas zur globalen Hegemonie des 20. und 21. Jahrhunderts ist der Aussage Gilpins keine Plausibilität abzuerkennen.

3. Amerika als Hegemonie des 20. und 21. Jahrhunderts - Der Prozess

Machttheorien, seien es Webersche, Machiavellische oder Arendtsche, beschreiben im engeren Sinn meist auf das Zeitgeschehen angepasste Prozesse. Das Verständnis von Macht unterscheidet sich zwischen den Theorien teilweise in Nuancen, teilweise sehr stark. Einer einzelnen Theorie ist kein allgemein gültiger Erklärungsanspruch zuzuschreiben, sondern wie im Eklektizismus einzelner Theorieelemente zu entnehmen und jene zur Erklärung von Machterlangung anzuwenden. Abgesehen von der Diversität ist dennoch erstaunlich, dass in unseren realpolitischen sowie realwirtschaftlichen Zuständen stets Muster verschiedener Theorien skizziert werden können. So ist die Konsolidierung der Macht Amerikas im 20. Jahrhundert zu einer bis heute andauernden Hegemonie eine Mixtur aus Gewalt - wirtschaftlicher wie militärischer - und Zugeständnis. Vor allem die Bildung von Allianzen, in denen Interdependenz und Zugeständnis zwei signifikante Elemente darstellen, durchbricht die Dominanz des neorealistischen Paradigmas. Dieses versucht, die internationalen Verhältnisse in eher primitive Machstrukturen herunterzubrechen, in denen der militärisch und ökonomisch Stärkste als Hegemon fungiert und die internationale anarchische Welt als Machtmaximierer über „balances of power“ strukturiert (vgl. Jacobitz1991: S. 7). Die *Interdependenztheorie* hingegen versucht, die Welt im Kontext der Globalisierung zu verstehen. In diesem gewinnen transnationale ökonomische Verflechtungen und Unternehmen im Gegensatz zum konfrontationsorientierten Militarismus an Bedeutung. Robert Cox beschreibt in seinem Aufsatz „Social Forces, States and World Orders“ (1983), wie sich die neoliberale Interdependenztheorie sinnbildlich durch den Überbau von *Regimes* und einer neuen Ökonomie über die neorealistische Theorie Gramscis erhebt. Als *Regimes* sind hier vor allem übergeordnete Institutionen gemeint, die im Hegemonialisierungsprozess Amerikas eine große Rolle spielen. Insbesondere die Etablierung des Bretton-Woods-Systems als übergeordnete internationale

Wirtschaftsordnung beschreibt einen solchen Prozess. Mit diesem sollten zum einen die Antagonismen der westlichen Welt - wirtschaftlicher wie auch ideologischer Art - beseitigt werden. Durch den Zusammenschluss aller Vertragspartner konnte Amerika als Initiator nicht nur eine starke Fraktion gegen die verfeindete UdSSR formieren, sondern gleichzeitig Handels- und Vertragspartner dazu verleiten, den Finanzmarktkapitalismus zu internalisieren. Dieser ist bis heute existenziell für die amerikanische Wirtschaft. Zum anderen kann das Bretton-Woods-System als intendierter Ausbau der Interdependenzen und somit der Sensibilität und Verwundbarkeit von Staaten eingeordnet werden. Jener Effekt wurde im vorherigen Kapitel im Kontext der Theorie Nye's und Keohane's beschrieben und stellt einen Aspekt intelligenter wirtschaftlicher Macht dar. Die Integration nationaler Absatzmärkte und die Schaffung asymmetrischer Machtverhältnisse zwischen Staaten, in denen wirtschaftliche Macht aus der Fähigkeit entsteht, wirtschaftliche Beziehung aufrecht zu halten oder zu unterbrechen, war mitunter eine mögliche Intention des Bretton-Woods-Systems (vgl. Hirschman 1969: S. 16). Um ein Verständnis für diese vorangestellten Mutmaßungen zu bekommen, wird im folgenden Abschnitt das Bretton-Woods-System als erste Etappe wirtschaftlicher Machtkonsolidierung in seinen volkswirtschaftlichen Wirkungsweisen beschrieben.

3.1. Das Bretton-Woods-System - Zentrum der internationalen Ökonomie

Der ungleichzeitige Wachstumsprozess sowie der unregelmäßige Zuspruch einer Gesellschaft in Volkswirtschaften führen zu Auf- und Abstiegen in den Hegemoniestrukturen. Bei Gramsci wird der Hegemoniebegriff dialektisch aufgegriffen. Hegemonie beschreibt demnach „Aufstieg, Etablierung und Niedergang eines Herrschaftsverhältnisses“ (Jacobitz 1991: S. 10). Das Bretton-Woods-System ist dem amerikanischen Aufstiegsprozess als Hegemonie des 20. und 21. Jahrhunderts beizuordnen. Im Allgemeinen ist der wirtschaftliche Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika durch die Etablierung einer weltoffenen Ökonomie, der neuen Bedeutung des US-Dollars sowie dem produktionssteigernden Fordismus zu charakterisieren.

Die internationale Ökonomie schlüsselt sich nach dem zweiten Weltkrieg in ein bipolares Machtverhältnis zwischen Ost und West auf. Zwei dominierende und in Systemkonkurrenz stehende Großmächte stellen sich hierbei heraus. Die Sowjetunion als

kommunistisches und realsozialistisches Gesellschaftssystem und die USA als kapitalistisches marktwirtschaftlich orientiertes System (vgl. Bieling2007: S. 83f.). Die Sowjetunion stellt in der Nachkriegszeit geopolitisch und militärisch einen Konkurrenten der USA dar, da zum einen die geografische Nähe zu Europa und Asien gegeben und zum anderen die UdSSR genauso wie die USA im Besitz von Nuklearwaffen war. Vorwiegend schwach wurde jedoch von Experten die Wirtschaft der UdSSR eingeschätzt. Stellvertreterkriege und der amerikanisch-sowjetische Rüstungswettlauf manifestierten die innerstaatliche ökonomische Perspektivlosigkeit. Gegensätzlich datiert die Ratifizierung des Bretton-Woods-Systems (BWS) einen Zuwachs ökonomischer Relevanz in den USA. Obwohl die vollständige Deregulierung in den 70er Jahren das BWS ablösen wird, gilt dieses als Geburtsstätte des US-Dollars als Weltreservewährung und infolgedessen auch des größten Finanz- und Kapitalmarktes der Welt. Während der „Realismus“ fernes Verständnis für internationale Regelwerke und Institutionen innehat, gesteht sich der „neoliberale Institutionalismus“ die Notwendigkeit von eben diesen ein. Selbst in einer liberalen internationalen Wirtschaft - charakterisiert als ideale Wirtschaftsform mit offenen Märkten und freiem Kapitalverkehr - müssen kommunizierte Regeln eingehalten werden. Die Strebung zur Herstellung neuer internationaler Handelsströme ging somit unter der Berücksichtigung wirtschaftspolitischer Regulierungen einher. Neue Handelsströme können nur erfolgreich sein, wenn ein stabiles monetäres System vor Wirtschaftsanomalien schützt, sowie präventiv dem Missbrauch von freien Märkten und dem „Free Riding“ wirtschaftlicher Akteure vorbeugt (vgl. Gilpin2001: S. 82). „Free Riding“ beschreibt das überproportionale Nutzen von offenen Märkten bei simultaner Schließung eigener Märkte. Ein solch übergreifendes makroökonomisches Interventionsinstrument bot das Konzept der Bretton-Woods-Tagungen. Jenes stand für die Öffnung und zugleich für die umfassende politische Kontrolle internationaler Kapitalströme (vgl. Kuttner1991: S. 25ff.). Hauptstrukturelemente des BWS waren die Einführung eines stabilen Wechselkurssystems und die Etablierung von *Freihandelsregimen*, also vor allem währungs- und handelspolitischen Arrangements wie der „Internationale Währungsfonds“ (IWF) und die Weltbank (vgl. Bieling2007: S. 84f.). Ein System stabiler oder fixer Wechselkurse bedeutet, dass die Zentralbanken den Wert der am Fixkurssystem beteiligten Währungen durch Interventionen am Devisenmarkt verteidigen, indem sie die eigenen oder fremden Währungen aufkaufen oder verkaufen.

Im Falle des BWS wurden die Währungen über den Dollar-Gold-Standard gemanagt. Ein System stabiler Wechselkurse vermied Handelsbarrieren und Schwierigkeiten bei Zahlungsvorgängen. Offene Märkte sollten die Wirtschaft stimulieren und Investitionen fördern. Vor allem aber sollte einem exportorientierten Abwertungswettlauf der Währungen vorgebeugt werden. Bei diesem entscheiden sich Nationen zu einer bewussten Niederwertung der eigenen Währung mit dem Ziel, den Export zu fördern. Ist die Währung eines Staates „schwach“, so können andere Staaten günstiger einkaufen und regen somit den Export an. Stabiler internationaler Leistungsbilanzen ist dementsprechend höchste Priorität zugekommen.

Die Aufgabe des IWF lag insbesondere darin, die Bereitstellung von Währungsreserven zu unterhalten, die es Mitgliedsregierungen ermöglichten, den Wechselkurs ihrer Währung auf dem vorbestimmten Dollar-Gold-Standard zu halten. In diesem Fall wird auch von *Beistandskredit*en gesprochen. Des Weiteren stand die Überwachung von Leistungs- und Zahlungsbilanzungleichgewichten im Vordergrund. Erste Ideen, eine Kunstwährung - den sogenannten „Bancor“ - einzuführen, über den der IWF währungsungebundene Prozesse hätte abwickeln können, wurden von der USA stark kritisiert (vgl. Kruber2012, Sautter2012). Die dominanten US-amerikanischen Interessen setzen sich bis zur endgültigen Ratifizierung gegen alle Regelungen durch, „die sie an den Ausgleichslasten zum Abbau der absehbaren strukturellen Leistungsbilanzüberschüsse verpflichtend beteiligt hätten“ (Bieling2007: S. 86). Dies ist ein erstes Indiz dafür, dass das BWS nicht nur zur Marktstabilisation beitragen sollte. Die Kunstwährung fand infolgedessen ebenfalls keine Anwendung und fortan stützen sich alle Prozesse des IWF und der Weltbank auf den US-Dollar. Die Finanzierung beider Regime wurde über einen Liquiditätsbeitrag beteiligter Länder ermöglicht. Dieser lag bei zehn Milliarden US-Dollar (vgl. Musil2003: S. 259).

Wenn eine Währung durch den Dollar-Gold-Standard gedeckt ist, sind Zentralbanken dazu verpflichtet, Banknoten zu einem festgesetzten Kurs in Gold zu transferieren. Durch den Goldstandard entsteht dementsprechend eine Wechselkursparität. Speziell wird im BWS vom Golddevisenstandard gesprochen, da die Golddeckung durch die Leitwährung abgesichert wurde. Das Tauschverhältnis zwischen Dollar und Goldunze wurde hierbei auf 35 Dollar festgelegt. Um diese Parität zu sichern, verpflichtete sich die FED, Gold zu kaufen oder zu verkaufen. Die anderen Zentralbanken mussten über Eingriffe in den Devisenmarkt die festgelegten Grenzen der Wechselkurse einhalten. Schwankte eine Währung zu stark, dann mussten am Devisenmarkt Währungen gegen den US-Dollar

verkauft oder gekauft werden. Beihilfe bot bei Finanzierungsengpässen wiederum der IWF an. Die Kredite waren meist mit Spar- und Stabilisierungsaufgaben behaftet. Die Amerikaner fungierten über den IWF also als Gläubigernation der Schuldstaaten. Kausalität dieser Deckungsstrategie war ein vorübergehend starker und stabiler Dollar. Der IWF als Kreditgeber konnte in bestimmten Situationen die Wechselkurskonditionen für andere Währungen ändern (vgl. Gilpin2001: S. 236, Bieling2007 S. 278f.). Komplementär dazu gab die Weltbank Kredite zur Realisierung von Infrastrukturprojekte aus.

Neben der stabilen Geld- und Währungspolitik trug die Umwälzung und Umstrukturierung der Arbeitsabläufe zum Ausbau des amerikanischen Einflusses bei. Der Fordismus als *Akkumulationsregime*¹ und Weiterbildung des produktionsorganisatorischen Taylorismus kultivierte den einfachen Arbeitsprozess zum effektiven Fließbandprozess. Durch Lohnzuwächse im Arbeitssektor wurde die Nachfrage stimuliert und die hochfrequentierte Produktion konnte über die Gesellschaft abgesetzt werden. Die konsumorientierte Leitidee des „American Way of Life“ ist auf jene Verwertungsprozesse zurückzuführen. Infolgedessen baute sich nicht nur der Binnenmarkt aus, sondern auch das Potenzial der Absatzmärkte. Der Import der Produktionsideologie führte auch in anderen großen Volkswirtschaften zu erhöhter Leistungsfähigkeit. Im Besonderen in Deutschland, Japan und Frankreich erhöhte sich das BIP-Wachstum. Infolge des Fordismus konzentrierten sich genannte Staaten auf den Warenexport (vgl. Madisson1995: S. 38, 62ff., 80ff.).

Das BWS wies neben den wirtschaftlichen Wachstumseffekten und den verstärkten Kapitalströmen auch Konstruktionsfehler auf. Diese wurden verstärkend in den 60er Jahren sichtbar. Hierzu zählen primär die fehlenden Mechanismen der Zahlungsbilanz als grundlegendes Problem fester Wechselkurse und die überdimensionale Dominanz des US-Dollars. So betiteln Valéry Giscard d'Estaing und Charles de Gaulle die Hegemonie des US-Dollars als „exorbitant privilege“, weil diese der USA ermöglichte, Dollarnoten zur Finanzierung von Kriegen zu drucken, ausländische Firmen zu kaufen und trotz hoher Verschuldung keine Konsequenzen fürchten zu müssen. Simplifiziert bedeutet das „Privileg“, dass die USA durch den US-Dollar als Leitwährung nicht mit einer Zahlungsbilanzkrise konfrontiert werden kann, da sie Importe in ihrer eigenen Währung

¹ Der Begriff geht auf die politisch-ökonomischen Ansätze der französischen Regulationsschule zurück und beschreibt eine auf spezifische Technologien gestützte Form der Produktions- und Arbeitsorganisation kapitalistischer Marktgesellschaft.

kauft. Berry Eichengreen, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Berkley, fügt dem hinzu: „It cost only a few Cents for the Bureau of Engraving and Printing to produce a \$100 bill, but other countries have to pony up \$100 of actual good and services in order to obtain one“ (Eichengreen2011: S. 3).

Die fehlenden Mechanismen der Zahlungsbilanz stellten sich später als fundamental heraus. Da das Wechselkurssystem an den Dollar-Gold-Standard gekoppelt war, gab es keinen Anreiz für die USA, den Geldmengen-Preismechanismus zu korrigieren und Zahlungsbilanzungleichgewichte zu beseitigen. Diese bauten sich infolge des „nicht Handelns“ aus.

Robert Triffin und das nach ihm benannte „Triffin-Dilemma“ erläutert die Unvereinbarkeit der drei Vorhaben des BWS. Eine Koexistenz von festen Wechselkursen, einer autonomen Geldpolitik und einem freien internationalen Kapitalverkehr ist folglich nicht möglich. Lediglich zwei der drei Ziele können nach Triffin koexistieren. Triffin postuliert, dass es bei einem stetig anhaltenden Ausbau des US-amerikanischen Leistungsdefizits zum Abbau der Glaubwürdigkeit des Dollars kommt (vgl. Triffin1960). Der wachsende Welthandel und die eben genannten Ziele des BWS konnten durch enorme Devisenkäufe nationaler Banken lange Zeit ausbalanciert werden (vgl. Eichengreen2000: S: 159ff.). Die Dollar-Währungsreserven konnten jedoch nur durch stabile Leistungsüberschüsse gegenüber den USA bezahlt werden. Da die USA als Reservewährungs nation dem Leistungsbilanzdruck nicht unterlag und die anderen Nationen eine expansive Exportwirtschaft unterhielten, stiegen die Leistungsbilanzdefizite der USA. Die Dollarbestände der ausländischen Zentralbanken überstiegen die Goldreserven der USA und das BWS begann zu scheitern. Im Dezember 1971 wurde die Goldbindung des US-Dollars gekappt. 1973 wurde das System fixer Wechselkurse durch das System flexibler Wechselkurse ersetzt (vgl. Bieling2007: S. 95).

3.2. Die finanzielle Revolution - Transformation der US-Hegemonie

Die Initiierung des Systems flexibler Wechselkurse regte einen Dissens geleiteten Dialog unter Wirtschaftsexperten an. Die Mehrheit der Ökonomen beurteilte bevorstehende Währungs- und Marktentwicklungen optimistisch. Sie waren der Meinung, dass die damaligen fixen Kurse und ökonomischen Interdependenzen den Volkswirtschaften ihre ökonomische Individualität genommen und somit „economic benefits“ verwehrt haben.

Die Minderheit der Wirtschaftsexperten widersprach der optimistischen Grundhaltung und deutete auf das destabilisierende sowie inflationäre Potenzial ungebundener Wechselkurse hin (vgl. Gilpin2001: S. 230). Jener hochtönende Optimismus realisierte sich in den Folgejahren nicht. Das Wachstum des Eurodollar-Marktes und die Expansion amerikanischer Banken führten zum Ausbau eines internationalen kapitalistischen Finanzmarktes. In diesem kursierten offensive Finanzmarktakteure, welche die vollständige Liberalisierung und Deregulierung - oft zusammengefasst unter dem Begriff der Finanzialisierung - zur Profitmaximierung einforderten. Durch die Platzierung hochkomplexer Finanzprodukte und die Integration reformierter Finanzmarktstrukturen gestaltete sich der Markt zunehmend intransparenter. Handelsinterdependenzen bauten sich hingegen aus und so auch die Sensibilität und Verwundbarkeit einbezogener Volkswirtschaften. Der Einflussradius ökonomischer nationaler Entscheidungen weitete sich durch die Finanzialisierung auf gesamte Handelsallianzen aus. Die Volatilität von Devisenkursen, Preisen und Aktien stieg infolge der übergreifenden Auswirkungen. Ende der 70er Jahre überwog der „financial flow“ dem „trade flow“ in einem Verhältnis von 25:1 (vgl. Gilpin2001: S. 240). Die Kausalität solch enormer Finanzmarktzuwächse waren erhöhte Volatilitätsschwankungen. Durch den Formwandel von der Realwirtschaft zur Finanzwirtschaft schwächte auch die „korporativ-liberale Synthese“ zwischen Industrie- und Finanzkapital ab. Davon profitierten nicht die dem Fordismus zugrunde liegenden produktionsorientierten Unternehmen, sondern die dem Post-Fordismus zugeordneten Finanzmarktakteure - Großbanken, Hedgefonds und Investmentbanken. Die zweite Etappe der amerikanischen Hegemonialisierung definiert sich folglich durch ein Akkumulationsmuster, bei dem Gewinne in erster Linie durch finanzielle Kanäle und nicht durch Handel und Rohstoffproduktion erzielt werden. Der Finanzmarkt bezieht sich in diesem Fall auf die Aktivität der Bereitstellung von Kapital und der Erwartung zukünftiger Zinsen und Renditen (vgl. Krippner2005: S. 174).

Abbildung eins, zwei und drei (s. Anhang) verdeutlichen die Signifikanz des Finanzsektors in der amerikanischen Volkswirtschaft. Krippner legte bei der Erstellung der Statistiken Wert darauf, den post-industriellen „Service-Sektor“ von dem „Finanz-Sektor“ zu unterscheiden. Auch wenn beide Kanäle sichtbar wichtig für die amerikanische Wirtschaft waren bzw. sind, könnte eine Zusammenfassung beider nicht die Bedeutsamkeit der Finanzialisierung darstellen. Das Kürzel „FIRE“ umfasst in diesem Fall den Finanz-Sektor, eingeteilt in: Finance, insurance und real estate.

Abbildung eins beschreibt die Beschäftigungsrate des amerikanischen Arbeitsmarktes. Ein auffälliges Absinken der Beschäftigten im „Manufacturing-Sektor“ sowie ein Anstieg des „Service-Sektors“ sind in den 70er Jahren mit der Beendigung des Bretton-Woods-Systems zu erkennen. Die Beschäftigungsrate im „FIRE-Sektor“ steigt nur um knapp drei Prozent. Der Finanzsektor ist trotz seiner Profitabilität nicht beschäftigungsintensiv (vgl. Block1987). Ein Abgleich mit Abbildung zwei verdeutlicht die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Finanzmarktes. Während die Anteile der Herstellungs-Industrie am BIP ab 1970 deutlich sinken, steigen die Anteile des „FIRE- und Service-Sektors“ an und nehmen zusammen nahezu gleich verteilt 50 Prozent des Marktes ein. Mit dem Ausbau und der Liberalisierung des internationalen Dienstleistungsverkehrs, in dem die USA ohnehin über komparative Kostenvorteile verfügte, sollte das Leistungsbilanzdefizit reduziert werden (vgl. Dicken2004: S. 43ff.).

Einen weiteren Beweis für den Strukturwandel der amerikanischen Wirtschaft bietet Abbildung drei. In dieser werden die relativen Anteile der Industrie an den Unternehmensgewinnen dargestellt. Erste Auffälligkeit ist die Volatilität der Gewinne. Generell gleicht Abbildung drei dem Spiegelbild von Abbildung eins, wobei die Position von FIRE und Service umgekehrt ist. Der Rückgang des „Manufacturing-Sektors“ ist enorm. Im Gegensatz zu Abbildung zwei dominiert der Finanz-Sektor den Service-Sektor und das trotz der geringen Beschäftigungsrate. Dies ist auf die Komplexität und den Informationsgehalt des Finanz-Sektors zurückzuführen. Zudem gebrauchte es ein gewisses Maß an Mut und finanzieller Grundlage, um aktiv am Finanzmarkt teilzunehmen. Den Abbildungen lässt sich folgende Erkenntnis entnehmen: Nicht der Aufstieg des Dienstleistungssektors, der schwelende Post-Industrialismus oder die Komplexität des Finanzmarktes sind bedeutend, sondern der Fokus auf dem Ungleichgewicht der Gewinne in Anbetracht des BIP, der Beschäftigungsrate und der allgemeinen Gewinne. Die Finanzialisierung kann ergo als Initiator der Reichtumsverschiebung und Konzentration in Richtung der *Eliten* bewertet werden. Infolge dieser Erkenntnis betitelt Alan Cafruny die integrale US-Hegemonie als eine Form der „minimalen Hegemonie“, da der amerikanische Machtausbau sich weniger auf einen Massen-, sondern auf einen Elitenkonsens stützt (vgl. Cafruny1990: S. 97-118). Andere sprechen wiederum von einer „double hegemony“, in welcher die Hegemonie des Nationalstaates und eine klassenbasierte Eliten-Hegemonie koexistieren (vgl. Scherrer2001: S. 1).

Um die Profitabilität der Finanzialisierung auch auf den globalisierten Finanzmarkt zu projizieren, bildete sich das Dollar-Wallstreet Regime (DWRS). Ein nach heutiger Terminologie zu beschreibender Interessenverband, der zum Ziel hatte, die Rolle des US-Dollars auszubauen und die Attraktivität des Finanzmarktes zu stärken (Gowan1999: S. 19ff.). Der „Volcker-Schock“ gilt als eines der populärsten Instrumente des DWRS und der FED. Durch eine Hochzins-Hochdollar-Politik schafften es die Institutionen, ausländische Investoren für den heimischen Anlagemarkt zu begeistern. Gleichzeitig entledigten sich immer mehr Finanzinstitute unter der Protektion der SEC und dem Finanzministerium von Marktrestriktionen. Diesen Schritt bewerten viele Wirtschaftswissenschaftler als Missachtung der Verantwortung einer dominanten Wirtschaftsmacht. Gilpin beschrieb die USA fortan nicht mehr als „wohlwollende“ sondern als „räuberische“ Hegemonie. Auch Susan Strange hielt sich in der Kritik nicht zurück: „[...] this change made the central bankers of the major economic powers de facto managers of the international monetary system“ (Gilpin2001: S. 241). Durch erfolgreich angewandte Strategien stieg der US-Dollar, was zu Anfang die Exportchancen der lateinamerikanischen Nationen erhöhte. Der Export konnte den steigenden Wert der Schulden nicht kompensieren, sodass es 1980 zu den ersten Verschuldungskrisen nach dem Bretton-Woods-System kam. Da amerikanische Banken vor allem lateinamerikanische *Emerging Markets* in den 70er große Summen an Kapital zur Unterstützung der Industrialisierung geliehen hatten, stiegen infolge der Aufwertung des Dollars auch die Auslandsschulden. Zwischen 1975 und 1982 erhöhte sich die Gesamtsumme der Forderungen um jährlich 20,4 Prozent. Dies führte zu einer Vervierfachung der lateinamerikanischen Auslandsschulden von 75 Milliarden US-Dollar (1975) auf 315 Milliarden US-Dollar (1983) (vgl. Glebe2018: S. 146). Der Staatsbankrott Mexikos 1982 führte wiederum zu Kapitalexporten der Anleger in die USA. Hierdurch wurde die lateinamerikanischen Währungen nochmals abgewertet und der Dollar folglich aufgewertet. Lateinamerikanische Staaten wurden durch die enorme Schuldenlast anschließend zur Aufnahme von Unterstützungskrediten gezwungen. Die strukturalistische Wirtschaftspolitik² Lateinamerikas wurde eingestellt. Zukünftig wurde eine vom IWF und der Weltbank durch Strukturanpassungsprogramme geforderte

² Der Strukturalismus beschreibt einen entwicklungsökonomischen Ansatz und setzt sich mit globalen Wirtschaftsstrukturen und Marktungleichgewichten auseinander. Ziel dieser Politik ist der Schritt von einem Schwellenland zu einer Industrienation. Erst in diesem Zustand können Volkswirtschaften dynamisch wirtschaften.

amerikanisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik betrieben (vgl. Leiva2008). „This made the IMF became an economic development agency with considerable influence over the economic affairs of less developed countries (Gilpin2001: S. 316). Die Rolle des IWF und der Weltbank wurden nachhallend kritisiert. In der Profession standen sich vor allem Robert Keohane als Begründer der „Regime Theory“ und Susan Strange als populäre Kritikerin gegenüber. Keohane porträtiert in seinem Buch „After Hegemony“ die Wichtigkeit von länderübergreifenden Institutionen (Regimes) als Redundant für ökonomische Unsicherheiten und Krisen. Strange hingegen unterstreicht, dass die Essenz der „Regime Theory“ unter der amerikanischen Vorherrschaft nicht zu tragen kommen könnte. „Such international Regimes as those governing trade and monetary affairs had been economically, politically, and ideologically biased in Americas favor [...]“ (Gilpin2001: S. 85). Die vorausgesetzte institutionelle Neutralität, so wie sie von Keohane und anderen Regime-Theoretikern gefordert wird, besteht hinsichtlich der Verbundenheit zu amerikanischen Interessen nicht. Ein Regime, das im Dienste eines Staates steht, kann nicht wohlfahrtsorientiert handeln. An dieser Stelle ist ein Rückbezug zu Gramscis Hegemonietheorie angebracht.

4. Ein Vergleich mit Gramscis Hegemonietheorie

Gramsci unterteilt die Hegemonie in drei verschiedene Entwicklungsphasen. Die Phasen sind von Beginn an in die internationalen ökonomischen Strukturen eingebettet und lauten: ökonomisch-korporative Phase, ethisch-politische Phase und hegemoniale oder staatliche Phase (vgl. Gramsci1998: S. 181f.). Der Aufstieg sowie die Fundierung der amerikanischen Hegemonie lassen sich auf Gramscis Phasenmodell unter der Berücksichtigung des liberalen Institutionalismus abstrahieren. Gramsci ist der marxistischen Schule zuzuordnen, sodass sich dieser von geläufigen Theorien der Internationalen Beziehungen abhebt. Die Zunahme der *Regimes* als Kern der neuen ökonomischen Theorie widerspricht dem Marxismus so wie Gramsci ihn auf die Hegemonie-Theorie angewandt hat.

Die ökonomisch-korporative Phase beschreibt die ideologische Selbstfindung einer Nation. Hierbei formulieren die Staaten unter Berücksichtigung des „common sense“ des Volkes, der ethnischen Zusammensetzung, der geographischen Lage sowie des

ökonomischen Zustands eine nationale Ideologie. Diese teils widersprüchliche Ideologie rechtfertigt und rationalisiert auch späteres außenpolitisches Handeln. Des Weiteren setzt sich in der ökonomisch-korporativen Phase eine Nation wirtschaftlich von anderen Nationen ab. Die ökonomisch-korporative Phase ist historisch mit der Beendigung des zweiten Weltkrieges und dem Beginn des Kalten Krieges zu assoziieren. Amerika musste einen ideologischen Gegenpol zur kommunistischen Sowjetunion erschaffen, sowie das Momentum hoher Potentiale im Gegensatz zum Rest der Welt wahrnehmen. Amerika zeichnete sich angesichts der stark geschädigten Großmächte nach dem zweiten Weltkrieg durch eine funktionierende Volkswirtschaft aus und setzte sich somit von ebenbürtigen Nationen ab. Das Ende der Phase, so Gramsci, ist die Beanspruchung der Gleichberechtigung gegenüber anderen Staaten. Der Hegemon nimmt ab sofort stärker am internationalen Geschehen teil (vgl. Jacobitz 1991: S. 14). Hierunter ist die generelle Mobilisierung Verbündeter nach dem zweiten Weltkrieg zu verstehen.

In der ethisch-politischen Phase erfolgt die *Katharsis*, in der sich der Hegemon seiner Position in der internationalen Ökonomie bewusst wird. Er entledigt sich ideologischen Elementen anderer Nationen und entwirft zugleich einen „Plan zur intellektuellen und moralischen Reform der internationalen Beziehungen“ (Jacobitz 1991: S. 15). Dieser Vorgang ist mit der Initiierung und zugleich Polarisierung im Bretton-Woods-System zu vergleichen. Es ist wichtig, in der Katharsis eine Weltanschauung zu formulieren, welche die grundlegenden Probleme der internationalen Systeme aufzeigt und zugleich der Gemeinschaft Lösungen bietet. Das Bretton-Woods-System und das darin verankerte ökonomische „Benehmen“, die antikoloniale Prämisse und die Leitidee der „Demokratisierung“ fügte eine reproduzierbare hegemoniale Ideologie in die Strukturen der Nachkriegswelt ein.

In der staatlichen oder hegemonialen Phase nutzt der Hegemon seine Produktivkraft, um über ein progressiv, politisch-ökonomisches Programm weltlichen Einfluss zu generieren. Dieser Schritt ist mit der Internalisierung des Fordismus zu verknüpfen. Es findet ebenfalls die Bildung von Allianzsystemen mit weniger entwickelten Nationen statt, sowie die Gründung von internationalen Organisationen - IWF und die Weltbank . Auch in dieser Phase sind Theorie und Historie äquivalent. Vor allem sieht sich der Hegemon als „Motor universeller Expansion“ (Gramsci 1998: S. 182). Dieser Charakter bleibt nicht nur Maske, sondern findet über Auslandsinvestitionen und Kreditvergaben Anwendung in der internationalen Ökonomie. Insbesondere Auslandsinvestitionen sind für das Entstehen hegemonialer Beziehungen in Entwicklungsländern wichtig. Die

Kapitalkraft des Hegemons erlaubt diesem, rentable Industriebranchen aus dem Ausland teilweise vollständig zu übernehmen. Die Übernahme ausländischer Unternehmen und die Verschuldung fremder Nationen über Unterstützungskredite verstärkt die Reproduktion des hegemonialen Kapitals sowie die Kapitalabhängigkeit anderer Nationen (vgl. Poulantzas 1973: S. 15). Auch die Finanzierung von Entwicklungsprojekten kann zum Ausbau harter wirtschaftlicher Machtpositionen genutzt werden. Insbesondere wenn „damit die wirtschaftlichen und administrativen Kapazitäten eines verbündeten Landes gestärkt werden“ (Nye 2011: S. 127). Auch dieser Phasenabschnitt trifft auf den beschriebenen Verlauf der internationalen Machtkonsolidierung Amerikas zu.

Die Beständigkeit einer „internationalen Hegemonie [beruht] im ökonomischen Bereich auf dem Konsens der Gefolgschaft, der von der erfolgreichen erweiterten Reproduktion aller Staaten abhängt“ (Jacobitz 1991: S. 16). Eine internationale wie auch nationale Hegemonie ist folglich erst erschöpft, wenn keine kollektive Reproduktion der Ideologie und der Produktivkräfte mehr erfolgt. Verliert der Hegemon die Funktion des universellen Motors, im Besonderen als ökonomischer und gesellschaftlicher Motor, dann verliert er auch an Kohäsion und somit an ökonomischer Anziehungskraft und Macht.

Wie in Kapitel drei erwähnt hat die Ungleichzeitigkeit von Wachstumsprozessen kapitalistischer Nationen zur Folge, dass sich ein Staat im Abstieg und ein anderer Staat im Aufstieg befindet. Früher oder später übernimmt der sich im Aufstieg befindende Staat die Führung in der Hierarchie der internationalen ökonomischen Struktur. Wird der Prozess der „Katharsis“ Gramscis miteinbezogen, so bedeutet ökonomische Schwäche nicht gleich den absoluten Niedergang der Hegemonie. Entscheidend für den aufstrebenden Staat ist, dass der internationale Überbau des Hegemons zusammenbricht bzw. ein eigener Überbau modelliert wird. Die Angst vor einem Niedergang und die wahrgenommene Erosion der Macht können mittels Provokationen der Anderen zum Ausbruch eines Hegemoniekampfes führen, in dem die Gefahr einer militärischen Konfrontation nicht ausgeschlossen werden kann (vgl. Gilpin 1981: S. 239).

Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas im 21. Jahrhundert kann als solche Bedrohung für die Hegemonie Amerikas gesehen werden. Im Direktvergleich ist China den BRICS-Staaten - hiermit sind die Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien und China gemeint - entwachsen und zeichnet sich zum einen durch die „Macht der Masse“ der 1,3 Milliarden Einwohner aus und zum anderen durch ein überdurchschnittliches

Wirtschaftswachstum von 6,56 Prozent (vgl. Statista: China-Wachstum). Dieses wird sich in den nächsten Jahren verlangsamen. Um dem Abwärtstrend entgegenzuarbeiten, werden Umstrukturierungsprozesse zur Sicherung wirtschaftlicher Dynamik von der Regierung enorm unterstützt. Das eifrige hinausdrängen der Vereinigten Staaten aus Asien und der intensivierte Dialog mit Europa und europäischen Unternehmen rührt das Gefühl, dass China die Strukturen der internationalen Ökonomie ändern wolle, bevor es die Vereinigten Staaten oder das System selber macht.

Gegenwärtige Handelskriege in Höhe von über 100 Milliarden US-Dollar verweisen auf das Eskalationspotenzial zwischen den zwei größten Volkswirtschaften der Welt. Im folgenden Kapitel werden die wirtschaftlichen Potenziale Chinas dargestellt. Ist China eine wahrhaftige Bedrohung für die Vereinigten Staaten als Hegemonie oder doch nur ein Schwellenland, das zu schnell altert, bevor es wirtschaftliche Größe und Konsistenz erreichen kann?

5. Die chinesische Volkswirtschaft als Bedrohung

Bevor auf spezielle Vorhaben Chinas, sei es die Etablierung des Renminbi als Leitreservewährung oder die Erschließung eines asiatischen Infrastrukturfonds, eingegangen wird, ist eine Bestandsaufnahme der chinesischen Wirtschaftsstrukturen anlässlich der Umsetzung des „Rebalancing-Programms“ erforderlich. Genannte Vorhaben erinnern zum Teil an Elemente des wirtschaftlichen Aufstiegs der USA. Sie sollen die chinesischen Wirtschaftsstrukturen stärken, exportieren und außerdem von anderen Märkten unabhängig machen. Unter „Rebalancing“ ist die Umstrukturierung der chinesischen Wirtschaft zu verstehen. Hauptsächlich sollen die Wirtschaftssektoren zukunftsorientiert umgewichtet werden. Das bedeutet, dass der primäre Sektor abgebaut und der tertiäre Sektor ausgebaut wird. Des Weiteren umfasst das „Rebalancing“ die Stärkung des Binnenmarktes durch Investitionen und dessen gezielte Dezimierung wie auch durch die Förderung des inländischen Konsums.

5.1. Potenziale der chinesischen Volkswirtschaft

Eine präzise volkswirtschaftliche Bewertung Chinas ist aufgrund regionaler Disparitäten gänzlich nicht möglich. Ob ein Europa zweier Geschwindigkeiten existiert, wird in gegenwärtigen Medien kontrovers diskutiert. Was in Europa ein großes Fragezeichen

aufwirft, ist in China Fakt. Die hoch entwickelte Küste ist mit dem Schwerindustrie belasteten Inland nicht zu vergleichen. So zeichnen sich nicht nur in der breiten Gesellschaft, sondern auch in Expertenkreisen gegenteilige Meinungen ab. Während Chinapessimisten im Reich der Mitte eine abhängige Exportwirtschaft sehen, predigen Chinaoptimisten eine hochentwickelte Dienstleistungsindustrie.

Umstrukturierung der Wirtschaftssektoren

Das zweistellige Wirtschaftswachstum Chinas vor acht Jahren hat sich bis heute dezimiert und wird sich in den nächsten Jahren mit absehbarer Genauigkeit halbieren. Der Wachstumsniedergang ist jedoch zu relativieren. Chinas Wirtschaftswachstum sinkt, die absolute Expansion der Wirtschaft ist jedoch am BIP gemessen viermal so hoch wie vor zehn Jahren. So lag das Wachstum vor zehn Jahren bei 12 Prozent, der absolute Zuwachs glich jedoch lediglich dem der Schweiz. Chinas Wirtschaft verliert demnach nicht an Kraft. Sollte das „Balancing“ der Wirtschaftssektoren jedoch misslingen, könnte der von Chinapessimisten angedeutete Niedergang Realität werden. Die zukünftige Zusammensetzung des chinesischen Wachstums ist also ausschlaggebend (vgl. Rudolf, Tester2016: S. 24f.; Statista: Wirtschaftswachstum).

Abbildung drei und vier zeigen auf, wie die chinesische Wirtschaft sektoral zusammengesetzt ist. Vor allem der primäre Sektor ist angesichts der Transformation zu einem Industriestaat prozentual zu stark vertreten. Knapp 18 Prozent der Chinesen arbeiten in der Landwirtschaft, die lediglich 7,92 Prozent des BIP ausmacht. Der primäre Sektor ist folglich überproportional beschäftigt und chronisch unproduktiv. In Industrieländern wie Deutschland, USA oder Großbritannien liegt das BIP sowie die Beschäftigtenquote bei nicht einmal einem Prozent (vgl. Statista: Wirtschaftssektoren). Der sekundäre und tertiäre Sektor sind dem primären in seiner Wirtschaftlichkeit schon seit Jahrzehnten überlegen. Der Tertiärsektor übertraf am Anteil des BIP den Sekundärsektor erstmals 2012. Dieser Trend setzt sich gegenwärtig fort, sodass von einem Strukturwandel im Sinne der wirtschaftlichen Zukunft Chinas gesprochen werden kann (vgl. Abbildung 5). Der Tertiärsektor trägt mittlerweile über 50 Prozent des BIP bei. Wie in der amerikanischen Wirtschaft ist der Finanzmarkt für den Großteil des Dienstleistungssektors verantwortlich. Deswegen ist die Förderung handelszentrierter Kapitaloasen wie Shanghai, Shenzhen oder Peking umso wichtiger und Priorität des Strukturwandels.

Erschließung eines Binnenmarktes

Mehr als die Zusammenstellung der verschiedenen Sektoren haben auch die Investitions- und Konsumquoten Auswirkungen auf den Fortbestand der Volkswirtschaft (vgl. Tester2014: S. 2). Der chinesische „Wirtschaftsboom“ basiert neben der beständigen Exportquote vor allem auf der hohen Investitionsquote. Diese hebt sich von allen anderen Industrie- und Schwellenländern ab. Investitionen dienen der „Sicherung bzw. Steigerung des materiellen Wohlstandes. Somit sollte sich eine hohe Investitionsquote in Wirtschaftswachstum niederschlagen“ (Raschen2014: S. 2). Gehen Wirtschaftswachstum und Investitionen miteinander einher, stellen diese vorerst kein Problem dar. Schwächt das Wirtschaftswachstum wie in China ab, die Investitionsquote bleibt jedoch konstant oder steigt, dann führen die getätigten Investitionen zur Stagnation und Verschuldung. Durch die konjunkturstimulierenden Investitionen zur Kompensation der Weltwirtschaftskrise sind insbesondere wichtige Infrastrukturprojekte auf der Strecke geblieben. Unterstützt wurde hingegen die Bau- und Stahlbranche. Unternehmen dieses Marktsegmentes werden in China als unproduktiv eingestuft und sind dem alten Wirtschaftsmodell zuzuordnen. Bei der reaktiven Kreditausgabe infolge der Weltwirtschaftskrise wurden die Bonitäten der Unternehmen gänzlich außer Acht gelassen, sodass die Verschuldungsquote steigt. Derzeit geht die Wachstumsrate der Investitionen leicht zurück, unterschreitet jedoch nicht die zehn-Prozent-Grenze. Insgesamt wird jedes Jahr etwa die Hälfte des BIP reinvestiert. Eine effiziente Allokation von Investitionsmitteln würde das chinesische Wirtschaftswachstum fördern. Hinsichtlich einer nachhaltigen Wirtschaft ist die Investitionsquote folglich weiter zu reduzieren, auch in Anbetracht ansteigender Unternehmensverschuldungen. Ein Gegenmittel bietet die Steigerung des inländischen Konsums.

Die Binnenmarkt unterstützende Konsumquote hat bisher positiv auf den Rebalancing-Prozess reagiert. Seit 2011 ist der jährliche Zuwachs an Konsumausgaben höher als in den USA (vgl. Rudolf, Tester2016: S. 27). Auch wenn der allgemeine Rückgang des Wirtschaftswachstums auf die Konsumquote schlägt, baut sich der Anteil des Binnenmarktes am BIP weiter aus. Das Wachstum der Gesamtwirtschaft liegt folglich unter dem Wachstum des Konsums. Dem ungeachtet ist der Konsum mit einem Anteil von 36 Prozent des BIP in Relation zu anderen Volkswirtschaften sehr schwach. Dies lässt sich durch die Korrelation zwischen der Investitions- und Konsumquote begründen. Chinas Verschuldungen regen die Sparquote an, die wiederum destruktive Auswirkungen auf den Konsum hat. Die Ersparnisse liegen mit 46 Prozent um 26 Prozent höher als der

Durchschnitt. Zurückzuführen lässt sich das nicht nur auf den Staatshaushalt selber, sondern auch auf die enormen Sparquoten der Privathaushalte von 30 Prozent (vgl. DIW Berlin). Ein Grund hierfür sind die niedrigen sozialen Sicherungen im Alter - ein Problem, dass die nachhaltige Wirtschaft Chinas bei Unachtsamkeit einholen wird. Nicht nur die Altersvorsorgen leiden unter dem Sparkurs, auch Investitionen in Bildung und den Gesundheitssektor liegen unter Durchschnitt (vgl. Abbildung 7). Der IWF ruft in Folge jener Zahlen aus: „Spend more, save less“ (vgl. Finanzmarktwelt).

Welche Auswirkungen hat das Erstarren des Binnenmarktes der chinesischen Volkswirtschaft? Generell suggeriert mehr Konsum mehr Umsatz. Umsatz und steigende Löhne führen wiederum zu mehr Nachfrage, die den gesamten Produktionsprozess anregt. Durch diesen Verlauf können im Binnenmarkt konsistente Unternehmen heranwachsen. Ein autonomer Binnenmarkt wird sich im Außenhandel großer Handelsnationen bemerkbar machen, da die chinesische Kaufkraft von Investitionsgütern aus dem Ausland sinken wird. Vornehmend komplexe Produkte wie Maschinen und Autos sollen im eigenen Land produziert werden (vgl. DIW Berlin). Der energische Kontakt zu europäischen Firmen deutet darauf hin, dass durch Gemeinschaftsunternehmen oder sogar Aufkäufe nicht mehr Produkte, sondern europäisches Know-How importiert werden soll. Vor allem die Abkehr der Produktion von primitiven Produkten und der Vorstoß in die Spitzentechnologie könnte hinsichtlich baldiger Marktbewegungen der chinesischen Wirtschaft einen Handelsvorteil verschaffen. Die Neudefinition des „made in china“ ist unter gegebenen Reformen möglich.

Unabhängigkeit durch effizienten Export

China kann sich in Anbetracht der Gesamtbilanz von Ein- und Ausfuhren seit 2013 als größte Handelsnation der Welt bezeichnen. Seit 2009 ist es das exportstärkste Land. Lediglich der Import wird bisher von der USA dominiert (vgl. Statista: Export; Import). Die Exportpalette ist sehr vielfältig. Der Fokus liegt trotz der beschriebenen Abkehr nach wie vor bei elektronischen Geräten, Textilien und Spielwaren. Der Schwerpunkt der Importpalette liegt vor allem auf Rohstoffen. Obwohl der Landwirtschafts- und Industriesektor im Gegensatz zu anderen Industriestaaten deutlich aktiver ist, sind Rohöl, Stahl und Erz maßgebliche Importwaren. Die größten Exportziele Chinas sind die Vereinigten Staaten, Hongkong, Japan und Deutschland. Die Herkunftsländer der Importwaren sind die Vereinigten Staaten, Südkorea, Japan und Deutschland (vgl. OEC: China). Die Exportempfänger sind folglich zu 50 Prozent asiatische Staaten, zu 20

Prozent dennoch die USA, was in möglichen Handelskriegen große Angriffsfläche bietet. Insofern ist ein Rückgang der Exportlastigkeit für den Ausbau wirtschaftlicher Unabhängigkeit von großer Bedeutung. Folglich sinkt dieser seit 2014 kontrolliert und hat als „Treiber des Wirtschaftswachstums an Bedeutung verloren“ (Rudolf, Tester2016: S. 28). Da sich die durchschnittlichen Löhne in China in den letzten zehn Jahren jedoch verdoppelt haben (vgl. Statista: Lohnzuwachs) und der Renminbi sich handelsgewichtet real um 30 Prozent aufgewertet hat, konnte China den Anteil am Exportoutput ausbauen (vgl. Rudolf, Tester2016: S: 29). Ein effizienter Export mit gezielten Investitionen stellt demnach die Zukunft der chinesischen Außenwirtschaft dar. Die gleichzeitige Abhängigkeitsreduktion von Exporten und die Stärkung des Binnenmarktes verringert die von Joseph S. Nye und Robert Keohane aufgeführte „Verwundbarkeit“ inmitten ökonomischer Interdependenzen. Neben der Exportabhängigkeit kann es selbstverständlich auch zu einer Importabhängigkeit kommen. So stieg der Import im Jahr 2017 um 15,9 Prozent, was angesichts hoher Leistungsüberschüsse von 368 Milliarden Euro vorerst nicht ausschlaggebend ist. Der Anstieg ist auf die stabilisierende Binnenwirtschaft zurückzuführen, die im Ausbauprozess eine größere Nachfrage an Rohstoffen hat. Diese belastet nicht nur das weltweite Angebot - mengentechnisch wie auch preislich - sondern kann die Abhängigkeit zu anderen Ländern wieder steigern. Insbesondere die Abhängigkeit von Rohstoffen der Energiegewinnung sind groß. So hat sich die Abhängigkeit von Öl-Importen um mehr als 67 Prozent gesteigert. Auch Gaseinfuhren steigerten sich um 27 Prozent. Die Importabhängigkeit von Sojabohnen hat sich inzwischen auf 87 Prozent erhöht (vgl. Erling2018). Die exzessiven Importe des chinesischen Binnenmarktes werden durch die hohe Nachfrage gerechtfertigt.

Dass sich China von der Soja-Abhängigkeit nicht beeindrucken lässt, beweisen derzeitige Strafzölle. Die US-amerikanische Bauernschaft exportiert mehr als 60 Prozent des Sojas nach China. Zölle in Höhe von 25 Prozent auf Soja haben die Preise in den USA um 20 Prozent sinken lassen - ein Schlag für die amerikanische Außenwirtschaft. Die USA reagiert indessen mit Zöllen in Höhe von 50 Milliarden US-Dollar. Immer wieder werden auf kleine Produktpaten Zölle auferlegt. Wegen des hohen Handelsdefizits der USA besteht sogar die Option einer vollkommene Verzollung aller Importe Chinas im Wert von 500 Milliarden US-Dollar. Die Logik eines Handelskrieges begünstigt in diesem Falle die USA, da China „angesichts eines Handelsüberschusses von 375 Milliarden Dollar gegenüber der USA kaum mehr reagieren kann [...]“ (Schröder2018). China kann

lediglich Strafzölle begrenzt einsetzen, da die US-Waren einen Gesamtwert von 130 Milliarden US-Dollar ergeben.

China setzt derzeitige Strafzölle gezielt ein, und versucht über die Belastung der Landwirtschaft und Industrie die amerikanische Bevölkerung zu brechen und somit auch die Wählerschaft Trumps. Des Weiteren besteht die Möglichkeit US-Unternehmen - diese profitieren vom derzeitigen Konsumanstieg in China - zu sanktionieren. Eine Spannung zwischen der amerikanischen Volks- und Privatwirtschaft zu erzeugen ist ebenfalls als adäquates Instrument wirtschaftlicher Macht zu bewerten.

Wachstumsphase und Rezession - gleiche Zeit, anderer Ort

Anfangs angedeutet, bestehen in der chinesischen Wirtschaft erhebliche regionale Unterschiede. Die Metropolen der Küsten sind nicht mit inländischen Industriestädten zu vergleichen. Bedingt durch den Dienstleistungssektor ist das Lohnwachstum an der Küste deutlich höher als das des Inlandes. In diesem herrscht gegensätzlich zur Küste notorische Arbeitslosigkeit. Während nur wenige Metropolen der Ostküste Einviertel der chinesischen Wirtschaftsleistung ausmachen, somit als florierende Konsumprovinzen beschrieben werden können, ist die Wirtschaftsleistung der inländischen Schwerindustrie weit abgeschlagen. Wenn das allgemeine Wirtschaftswachstum jene Regionen kompensieren kann, dann bleiben durch Disparität geprägte Provinzen in anmaßendem Gleichgewicht. Bei einer umfassenden Rezession ist allerdings mit großen sozialen Unruhen und einer noch drastischeren Landflucht zu rechnen. Entwicklungen dieser Art würden das chinesische Aufstiegs Potenzial sichtbar begrenzen. Bezogen auf den Arbeitsmarkt hat der regionale Unterschied vor allem drei Auswirkungen: Ein Wechsel vom Staatssektor in den Privatsektor; von der Agrarwirtschaft in den Dienstleistungssektor und vom Land in die Küstenstädte. Entsprechend der gegenwärtigen Landflucht verändert sich auch der Immobilienmarkt. Ungefähr 20 Millionen Menschen ziehen jedes Jahr in die Metropolen. So fließen rund 20 Prozent der Kredite in den Immobiliensektor. Durch die exorbitante Nachfrage ist eine Blase demzufolge auszuschließen. 80 Prozent der Chinesen besitzen die Immobilie, in der sie leben. Spekulationskäufe im „Real-Estate“- Segment sind in China unüblich. Insbesondere, da bei dem Erwerb einer Immobilie 30 Prozent Eigenkapital nachgewiesen werden muss. So sind 40 Prozent der Immobilien in China ohne Kredit erworben worden. Das kann sich bei aktuellen Preissteigerungen ändern. Die Lohnzuwächse steigen schneller als die Immobilienpreise. Setzt sich das Lohnwachstum fort, dann werden auch

die Immobilienpreise weiter steigen (vgl. Rudolf, Tester2016: S. 38ff.). Eine Immobilienkrise scheint in China aufgrund der hohen Nachfrage, der hohen Eigenbeteiligung und dem Verbriefungsverbot von Hypotheken im Gegensatz zum amerikanischen Markt sehr unwahrscheinlich.

5.2. Ausweitung der wirtschaftlichen Macht

Das regional gespaltene, aber dennoch vielversprechende wirtschaftliche Potenzial Chinas wird angesichts augenblicklicher Handelsspannungen - ausgehend von den Vereinigten Staaten - als Gefahr der wirtschaftlichen Hegemonie identifiziert. Obwohl der Verzicht auf internationale Handelskriege in den Wirtschaftswissenschaften stets lanciert wird, scheint dieser Abseits des militärischen Einsatzes der einzige Weg staatlicher Machtpräsentation zu sein. Handelskriege kennen nur Verlierer. Im Besonderen, wenn der nationalen Ökonomie qua Globalisierung das Recht entzogen wurde, lediglich Auswirkungen auf sich selber zu haben, folglich innerstaatliches sowie zwischenstaatliches Handeln allzeit die globale Weltwirtschaft betrifft. Die Verkettung finanzpolitischer Kausalitäten hat dementsprechend auch Europa, Russland, Türkei, Iran, Kanada und Mexiko erfasst. Von derzeitigen Stahlzölle bleiben außer Argentinien, Australien, Brasilien und Südkorea niemand mehr verschont (vgl. Zöttl). Zuspitzende Vergeltungsmaßnahmen könnten zu einem wechselseitigen Zollzyklus führen, der für die offene Weltwirtschaft höchst hinderlich wäre.

Das Bretton-Woods-System und die im Zusammenhang stehende Finanzialisierung haben jedoch bewiesen, dass eine Internationalisierung der Finanzmärkte und somit das Anstreben von asymmetrischen Interdependenzstrukturen ganz im Sinne großer kapitalistisch orientierter Volkswirtschaften ist. Haben innerhalb eines asymmetrischen Beziehungsgeflechts Transaktionen wechselseitige multiple Auswirkungen, dann ist der Stärkere oft begünstigt. Der US-Dollar steht hierbei symbolisch für die Unantastbarkeit des amerikanischen Finanzmarktes. Dieser ermöglicht den USA ein Handelsbilanzdefizit in Höhe von um die 566 Milliarden US-Dollar (vgl. Spiegel) - Tendenz steigend -, eine Staatsverschuldung von 21,3 Billionen US-Dollar, ein internationales Investitionsdefizit von acht Billionen US-Dollar und einem bisher nachsichtigen Ausgang selbst verursachter Finanzkrisen. Dieses „exorbitante Privileg“ gründet sich vor allem darin, dass der durch Transaktionen emittierte Dollar früher oder später in Form von Unternehmensbeteiligungen wie Aktien, US-Staatsanleihen oder anderweitigen

Investitionen wieder im US-Finanzmarkt platziert wird. Anlagen in der Leitwährung gelten als wenig riskant und werden somit als „sicherer Hafen“ des Kapitals verbucht. Des Weiteren ist der amerikanische Finanzmarkt grundlegend für jedes aktiennotierte Unternehmen. Kredite von amerikanischen Banken und Investitionen der größten Hedgefonds sind unter heutigen Bedingungen unabdingbar. Folglich ist die monetäre Stabilität des Marktes den Amerikanern genauso im Sinn wie ausländischen Anlegern. Während der amerikanische Staat als Schuldner durch den von ausländischen Investitionen gestützten Markt risikoarm bewertet wird und für Kredite nur geringe Zinsen zahlen muss, nehmen Geschäftsbanken amerikanischer Herkunft überdurchschnittlich hohe Zinsen. Durch dieses Konzept erwirtschaftet der Dienstleistungs- und Finanzsektor einen Überschuss von 244 Milliarden US-Dollar. Circa 200 Milliarden Dollar sind hierbei den Zins-Einkommen zuzutragen (vgl. Pletter). Neben vielen weiteren Effekten ist auch die oft kritisierte „Seigniorage“ des US-Dollars zu erwähnen. „Seigniorage“ beschreibt einen durch Geldschöpfung erzielten Gewinn einer Notenbank. Eine 100 Dollarnote kostet in der Herstellung 12 Cent. Die Kaufkraft beträgt hingegen 100 US-Dollar. Die „Seigniorage“ bezieht sich vor allem auf die Differenz. „Diejenigen Staaten, die über eine weltweit genutzte Anlage-, Reserve- oder sogar Umlaufwährung verfügen, können auch internationale Gelddruckgewinne einstreichen“ (Bieling2007: S. 285). In Anbetracht dass ca. 1,4 Billionen US-Dollar Bargeld zirkulieren, davon ca. 40 bis 70 Prozent im Ausland, sind die Gewinne entsprechend groß einzuschätzen (vgl. Pletter).

Derzeit sind rund 64,0 Prozent der Weltreservewährung in Dollar angelegt. Rund 88 Prozent des täglichen Weltdevisenhandels werden in Dollar abgewickelt. Obwohl der Status des Dollars als Weltreservewährung der amerikanischen Volkswirtschaft überproportional viele Vorteile schafft, sind mit diesem auch Nachteile verbunden. Zum einen führt die Nachfrage der Leitwährung zu starken Wechselkursen. Ergo vertragen sich eine Leitwährung und eine exportorientierte Wirtschaft nicht. Das Handelsbilanzdefizit der USA kann somit durch den US-Dollar kompensiert werden, wird aber auch gleichzeitig durch seine Vormachtstellung verursacht. Wie im zweiten Kapitel mit dem „Triffin-Dilemma“ beschrieben, sind Leitwährungen mit einem notorischen Dilemma behaftet. So muss einerseits das Heimatland die Geldversorgung den eigenen Bedürfnissen anpassen, andererseits der Liquiditätsbedarf der Welt gedeckt werden. Diese beiden Aufgaben stehen in völligem Widerspruch.

5.2.1. Etablierung des Renminbi (RMB) als Leitwährung

„Indem China die Konvertibilität seiner Währung einschränkt, entzieht es sie den potenziell disziplinierenden Effekten des Handels auf den internationalen Devisenmärkten und verschafft der eigenen Wirtschaft einen komparativen Vorteil“ (Nye2011: S: 100). Unter der Abschirmung des Renminbi konnte die chinesische Wirtschaft anhand eines zurecht kritisierten, aber dennoch für China profitablen unterbewerteten Währungskurses zum größten Exporteur der Welt heranwachsen. Allerdings soll nicht mehr der Export das Steckenpferd der zukünftigen Wirtschaft Chinas sein, sondern der ausgebaut, liberalisierte Finanz- und Währungsmarkt. „Eine unabhängige Geldpolitik und ein freier Devisenhandel sind zwei Eckpfeiler eines modernen Finanzwesens“ (Stier, Bernoth, Fisher2010: S. 10). Wechselkursmanipulation, die Beeinträchtigung von Währungssysteme und der Ausbau der Abhängigkeit von Deviseneinfuhren sind Formen wirtschaftlicher Machtausübung im Bereich der „Währungsmacht“ (vgl. Kirshner1995) und stellen in Anbetracht wählender Handelskriege mögliche Instrumente zur Abwehr ökonomischer Angriffen dar. Um diese für sich nutzen zu können, muss China die Stellung des Renminbi im globalen Währungskontext reformieren. „Je breiter abgestützt die Nachfrage nach dem Renminbi ist, desto autonomer kann die chinesische Zentralbank PBoC agieren [...]“ (Rudolf, Tester2016: S. 42). Um diesen Status zu erreichen, muss die freie Konvertibilität des Renmnibi möglich sein.

Die Liberalisierung des Renminbi begleiten vor allem drei Vorhaben:

- Zum einen soll sich der Renminbi als globale Handelswährung etablieren, so dass diese die Liquiditätsbestände in anderen Finanzmärkten ausbaut.
- Zum anderen soll der Renminbi mittels attraktiver Investitionsmöglichkeiten zur globalen Investitionswährung werden.
- Letztlich soll der Renminbi Weltreservewährung werden, also neben dem US-Dollar und dem Euro ebenfalls als Wertanlage von z.B. Handelsüberschüssen gehandelt werden.

Erst mit der Internationalisierung des Renminbi durch das „Renminbi Trade Settlement Scheme“ im Jahre 2009 ist dieser als internationales Zahlungsmittel zulässig. Vorher mussten ausländische Firmen ihre Geschäfte in China über den US-Dollar oder den Euro

abwickeln. Mit der Liberalisierung des Währungsmarktes und der Transformation zu einem unabhängigen Binnenmarkt ist die Stärkung des Verhältnisses zum US-Dollar zentrale Größe der Finanzpolitik geworden. Vor allem, da chinesische Unternehmen gegenüber dem US-Dollar deutlich stärker exponiert sind als gegenüber jeder anderen Währung. 80 Prozent der Fremdwährungsverpflichtungen sind an den US-Dollar gekoppelt (vgl. Rudolf, Tester2016: S. 42). Laut einer Studie der Commerzbank stellt die Verschuldung in US-Dollar eine große Gefahr für chinesische Unternehmen dar. Gegenwärtige Zinserhöhungen der FED steigern die Attraktivität von Anlagen im Dollerraum. Auch wenn ein steigender Dollarkurs angesichts der großen Handelsdefizite für den amerikanischen Außenhandel hinderlich ist, könnte er im Handelskrieg mit China Kräfte bewirken. Durch den starken Dollar steigen die Zinsen der hochverschuldeten chinesischen Unternehmen, die bei weiter steigenden Dollarkursen Finanzierungsausfälle verzeichnen könnten. Insolvenzen würden die stark subventionierte chinesische Wirtschaft schädigen (vgl. Mallien).

Trotz der allmählichen Konvertibilität des Renminbis werden rund Dreiviertel des grenzüberschreitenden Handels Chinas in US-Dollar abgewickelt. Die Tendenz des Renminbis als Zahlungsmittel steigt jedoch. Das der Renminbi in Zukunft international genutzt wird, liegt vor allem an der internationalen Akzeptanz und der Stabilität des Kurses gegenüber dem US-Dollar. Steigt das Vertrauen und die Akzeptanz als Zahlungsmittel, dann könnten beispielsweise Infrastrukturprojekte wie die „One-Belt-one-Road-Initiative“ oder die „Seidenstraße“ durch Renminbi-Kredite finanziert werden (vgl. Rudolf, Tester2016: S. 43).

Um die Akzeptanz am internationalen Devisenmarkt testen bzw. erhöhen zu können, werden primär fünf Maßnahmen eingesetzt. Zum einen sind bilaterale *Devisenswapgeschäfte* abgeschlossen worden. Unter den Vertragspartnern sind Argentinien, Südkorea, Malaysia, Indonesien und Weißrussland. Devisenswapgeschäfte erlauben es, eine erste Absicherungsfunktion gegenüber anderen Währungen einzunehmen. Genannte Staaten haben Geldmengen ihrer eigenen Währung in Renminbi umgetauscht. Sollten die Währungen am internationalen Finanzmarkt schwanken, dann kann sich der Renminbi als Stabilisator erweisen (Stier, Bernoth, Fisher2010: S. 11). Zudem erlauben *grenzüberschreitende Handelsfinanzierungen* einer zunehmenden Anzahl von Ex- und Importeuren ihre Handelstransaktionen in China mit ausländischen Unternehmen in Renminbi abzuwickeln. Sollte die Verhandlungsposition chinesischer Unternehmen gegenüber ihren ausländischen Handelspartnern stärker sein, dann wird vor

allem auf die Abwicklung in Renminbi gedrängt. Das verbessert die Position gegenüber dem US-Dollar. Als nächste Maßnahme lässt sich *Hongkong als Prüfstein für die Internationalisierung des Renminbis* beschreiben. Hongkong dient als erster Kapitalmarkt in China. Banken dürfen in Hongkong mit „behördlicher Erlaubnis verzinsliche Wertpapiere in Renminbi ausstellen, und in Hongkong ansässige Personen sowie dort niedergelassene Banken können diese Wertpapiere erwerben“ (Stier, Bernoth, Fisher 2010: S. 11). Die Besonderheit ist, dass in China durch die restriktive Finanzpolitik die Zinssätze für den Renminbi von der PBoC festgelegt werden. In Hongkong bestimmt der Markt die Zinssätze. Die erworbenen langfristigen Offshore-Wertpapiere in Renminbi können derzeit zu höheren Zinssätzen angeboten werden als im restlichen Teil Chinas. Der Renminbi als Anlage gewinnt dadurch an Attraktivität und Banken schreiben indessen höhere Zinsmargen. Als vorletzte Maßnahme ist die *Bevorzugung von Kapitalzuflüssen* gegenüber Kapitalabflüssen zu nennen. Gemeint sind damit im Besonderen ausländische Direktinvestitionen, grenzüberschreitende Handelsabschlüsse in Renminbi und die Rückführung ausländischer Gewinne chinesischer Unternehmen. Da der Renminbi immer noch als unterbewertet gilt - ein Dollar entspricht 6,88 Renminbi - könnten Kapitalzuflüsse unter Umständen Währungsspekulationen auf einen steigenden Renminbi sein. Die Akkumulation spekulativer Zuflüsse ist nicht im Interesse Chinas. Letztlich ist der Beitritt Chinas am 1. Oktober 2016 in den *Währungskorb des IWF* zu erwähnen. Die Einspeisung des Renminbis in den Währungskorb einer der einflussreichsten Institutionen ist ein wichtiger Schritt im Zuge der Internationalisierung. Der IWF kann seither auf Renminbi-Reserven zurückgreifen und diese als Kredite für Entwicklungsländer ausgeben. Die Währungsreserven belaufen sich auf 10 Prozent des Renminbi und 41 Prozent des US-Dollars. Die weiteren Währungen sind der Euro, der Yen und der britische Pfund (vgl. Rudolf, Tester 2016: S. 41).

Obwohl die Währung Chinas durch aufgezeigte Maßnahmen an Bedeutung gewinnt und der Renminbi sich seit 2010 im Handelsgewicht um 30 Prozent aufgewertet hat, hält die restriktive Wechselkurspolitik in Form von Kapital- und Kurskontrollen an. Die Bandbreite der Währungsvolatilität gegenüber dem US-Dollar liegt bei mittlerweile +/- drei Prozent. Seit 2015 hat sich China durch die Veröffentlichung eines Währungskorbs, an dem der Renminbi gemanagt werden soll, nochmals von dem Dollarkurs distanziert. Infolge der Veröffentlichung stieg die Volatilität des Dollar-Renminbi-Kurses. Der Renminbikurs wertete ab und die PBoC musste eingreifen. Um den Dollar-Renminbi-Kurs zu stabilisieren, kaufte die PBoC eine kalkulierte Menge an Renminbi mit US-

Dollar-Reserven. Die dadurch inszenierte Nachfrage korrigierte den Renminbi-Kurs auf Normalwert. Interventionen der chinesischen Zentralbank bleiben die Regel. Die Korrektur des Dollar-Renminbi-Kurses wird der chinesischen Zentralbank hinsichtlich der Währungsreserven von etwa 3,4 Billionen US-Dollars, von denen geschätzt 62 Prozent US-Staatsanleihen sind, auch in Zukunft gelingen (vgl. Statista: Währungsreserven). Der Besitz von US-Staatsanleihen in Billionenhöhe deutet auf eine amerikanisch-chinesische-Symbiose hin. Die Chinesen nutzen die Anleihen als Konto erwirtschafteter Handelsbilanzüberschüsse und profitieren von niedrigen Zinsen. Die Amerikaner hingegen nutzen den Kapitalzufluss um die Defizite der Handelsbilanz auszugleichen und wiederum Investitionen zu unternehmen. Immer wieder wird auf das zerstörerische Potenzial der chinesischen Devisenreserven aufmerksam gemacht. Bei genauer Betrachtung fällt dieses jedoch deutlich geringer aus als gedacht. Die abrupte Aufkündigung der Käufe von US-Staatsanleihen oder das Emittieren dieser in den Markt würde den Chinesen genauso Schaden wie der USA selbst. Der umfangreiche Verkauf von US-Staatsanleihen würde sich stark negativ auf die Dollarkurse auswirken und rückwirkend den Devisenportfolios der Chinesen selber schaden. Des Weiteren ist China nicht der einzige Anleger in US-Staatsanleihen. Die US-Notenbank FED selber sowie die Japaner haben ihre Bestände deutlich ausgebaut. Der Annahme, dass der Verkauf bzw. Kaufstopp der Chinesen die Amerikaner in Finanzierungsschwierigkeiten bringen würde, ist demnach nicht beizupflichten.

Die Existenz des US-Dollars ist in allen Finanzmärkten eine teils unangenehme Notwendigkeit. Wird der gerade beschriebene Sachverhalt mit einbezogen, so scheinen die niedergeschriebenen Prognosen Barry Eichengreens in seinem Buch „Exorbitant Privilege“ immer einleuchtender. Eichengreen versteht die Etablierung des Renminbi in keiner Weise als einen Angriff auf den US-Dollar - wenn überhaupt, dann indirekt. „China has no interest in ‚dethroning‘ the dollar. To the contrary, it has too much invested in the greenback“ (Eichengreen2011: S: 8). Gerüchte über den „schwächelnden“ Dollar beseitigt er sehr früh. Dass der Renminbi den Dollar verdrängen kann, scheint aufgrund der Diversität des chinesischen Marktes und den immer noch währenden staatlichen Kontrollen im nächsten Jahrzehnt nicht möglich. Der Aufstieg des chinesischen Renminbis deutet demnach keinen Wechsel der Leitwährung an, sondern lediglich die Erweiterung der Weltleitwährungen um den Renminbi. Eine weitere Währung würde die Ungleichheit der Finanzmärkte mindern. Nach Eichengreen gibt es keinen Grund, warum

es nur eine Nation im 21. Jahrhundert geben kann, die durch die Stärke des heimischen Finanzmarktes und der Attraktivität der Währung profitieren kann (vgl. Eichengreen2011: S. 8). Die Topologie der Leitwährungen wird sich folglich ausbauen. Um die Bedeutung des Renminbis in den nächsten Jahren weiter auszubauen, dürfen die Chinesen die Bandbreite der Volatilität im Handel nicht energisch kontrollieren. Die Marktteilnehmer müssen sich an die Konvertibilität des Renminbis gewöhnen. Zudem würden Währungsschwankungen die chinesischen Unternehmen auf ihr hohes Fremdwährungsrisiko aufmerksam machen. Wie zu Anfang beschrieben, sind die unabhängige Geldpolitik und ein freier Devisenhandel Eckpfeiler eines modernen Finanzwesens. Die Entkopplung der Währung sowie die Liberalisierung des Kapitals sind mit dem Ausbau des autonomen Finanzmarktes ein „gradueller Prozess“ (Stier, Bernoth, Fisher2010: S. 15) in der Entwicklung einer international anerkannten Währung.

5.2.2. Die Bildung der „Asian Infrastructure Investment Bank“ (AIIB)

Die USA gilt nicht nur aufgrund des populären Finanzmarktes und dem US-Dollar als bedeutendste und einflussreichste Volkswirtschaft der Welt. Wirtschaftswissenschaftler sehen neben den offensichtlichen Vorzügen Amerikas internationale multilaterale Institutionen oder „multilateral development banks“ (MDB) als weitere Machtquellen. Grundsätzlich dienen die MDBs den Interessen der USA, indem sie effektiv Bedürfnisse in Entwicklungsländern behandeln können und dabei als Gläubiger agieren und insofern die Politik des Landes mitsteuern können. Unter Politikern selber werden MDBs in entwicklungspolitischen Fragen höher bewertet als bilaterale Kooperationen (vgl. Morris2016: S. 2). In Abbildung 7 werden die Stimmrechte beteiligter Nationen in den „Core MDBs“ und den weltweiten MDBs aufgezeigt. Beteiligt sich die USA an MDBs, dann leitet sie auch diese. Die USA ist sichtbar aktiver in den „core MDBs“, wobei sie auch in den weltweiten MDBs die leitende Rolle einnimmt. Im Gegensatz dazu hält sich die Rolle Chinas in Grenzen. Obwohl China das zweithöchste Stimmrecht innerhalb weltweiter MDBs hat, ist hinsichtlich der finanziellen Teilnahme von 13 Prozent des BIP die Rolle minimal - vor allem in Anbetracht des sechsten Platzes bei „core MDBs“. „The fact that China is much more underweighted in the core, however, helps explain the frustration the Chinese political leadership has felt in seeking to exercise power within the U.S. [...]“ (Morris2016: S: 8).

Das „Center for Strategic and International Studies“ (CSIS) untersuchte im Jahr 2014, wie sich die ökonomische und sicherheitspolitische Position der USA und China in Asien in den nächsten zehn Jahren entwickeln wird. 53 Prozent der Befragten glaubten, das China in den nächsten zehn Jahren die bedeutendste Nation Asiens werden wird. Die Vereinigten Staaten folgten mit 43 Prozent. In einer weiteren Umfrage sah das Ergebnis ähnlich aus. 56 Prozent der Befragter sahen China in den nächsten 10 Jahren als den wichtigsten ökonomischen Partner an. Die Vereinigten Staaten folgten wiederum mit 28 Prozent. Letztlich sahen 79 Prozent der Befragter China als den Hauptinitiator ökonomischer Entwicklung in Asien. (vgl. Green, Szechenyi2014: S. 4ff). Werden abgegebene Prognosen mit den derzeitigen Stimmrechten in den MDBs kontextualisiert, so stimmen realer ökonomischer Einfluss und institutioneller Einfluss nicht überein.

Durch das steigende Wirtschaftswachstum und die regionalen Ungleichgewichte in Asien werden in den nächsten Jahren viele der asiatischen Entwicklungsländer infrastrukturelle Unterstützen gebrauchen. Die Weltbank gab 2015 bekannt, dass ca. 819 Milliarden US-Dollar benötigt werden, um die Entwicklungsländer vor absteigenden Wirtschaftswachstum zu schützen. Süd- und Ost Asien werden rund 63 Prozent (516 Milliarden US-Dollar) beanspruchen (vgl. Weiss2017: S: 3). Um den Einfluss der USA über MDBs in der Unterstützung der asiatischen Entwicklungsländer klein zu halten, hat die chinesische Regierung die Gründung der „Asian Infrastructure Investment Bank“ initiiert. Neben der New Development Bank (NDB) soll die AIIB die Finanzierung hauptsächlich asiatischer Infrastrukturprojekte übernehmen. Die AIIB fungiert seit 2015 als Entwicklungsbank und hat mittlerweile 57 Mitglieder, wobei nur 35 von diesen finanziell aktiv sind (vgl. Ikenberry, Lim2017: S: 10). Neben den asiatischen Staaten sind Frankreich, Deutschland, Italien und Groß Britannien Mitglieder. Die USA wurde vorerst von der Teilnahme ausgeschlossen und so ist die AIIB „appropriately viewed as a diplomatic and strategic victory for the Chinese government“ (Morris2016: S. 1). Auch wenn China die AIIB offiziell weder als Ersatz oder Konkurrent der Welt Bank oder der Asian Development Bank (ADB) proklamiert und die AIIB von anderen MDBs in ihrer ökonomischen Wirkungsweise separiert, ist sie dennoch als Vorbote einer wachsenden Spaltung zwischen China und der US-geführten liberalen institutionellen Ordnung zu sehen (vgl. Ikenberry, Lim2017: S. 2, S. 10). Eine von China geführte Entwicklungsfinanzierungsinstitution kann die Integration in das internationale System und die Rolle eines Interessenvertreters verstärken. Um die AIIB noch intensiver in die

Wirtschaft anderer Staaten einzubinden, dürfen im Gegensatz zu anderen MDBs auch große Unternehmen am Aufbau des Fonds teilnehmen (vgl. Weiss2017: S. 7).

Die AIIB kann regelrecht als „gegenhegemoniale“ Entwicklungsinstitution gesehen werden. Gramsci erwähnte im Kontext der Katharsis, dass die internationale Verbreitung einer Ideologie großer Bestandteil hegemonialen Fortschritts sei. China könnte die AIIB nutzen, um erstens Reformen bestimmter Regeln und Normen des bestehenden Systems einzuführen, zweitens um die Bedeutung und Autorität innerhalb der liberalen internationalen und Institutionellen Ordnung zu erhöhen und drittens eigene Regeln, Prinzipien und Normen als rivalisierende internationale Ordnung in das System implementieren (vgl. Ikenberry, Lim2017: S. 2).

Die USA ist sich des Potenzials einer chinesischen und global agierenden Entwicklungsbank bewusst. Nicht zufällig wurde die Stimmkraft der Chinesen beim IWF kurz nach der Eröffnung der AIIB unter Zustimmung der Amerikaner erhöht. Seit 2010 hatte der US-Kongress ein wesentliches Reformpaket des IWF zur Stärkung Chinas zurückgehalten. Das China eine neue Position im IWF unter der Befürwortung der USA einnimmt, soll wohlmöglich den Fokus von der AIIB nehmen.

Obwohl die AIIB diverse Chancen bietet, sind zwei Motive gesondert hervorzuheben. Zum einen kann China durch die AIIB als Gläubigerstaat in den Projektabwicklungen fungieren und somit institutionelle Führung bei Investitionen übernehmen. Durch eine solide finanzielle Beteiligung werden ausländischen Anlagerenditen steigen, längerfristig die Internationalisierung des Renminbis vorangetrieben und das Risiko durch Kapitalbindungen verringert. Abseits des Finanziellen kann die Einnahme einer Führungsposition im internationalen System zum Ausbau der *Statecraft* führen.

6. Fazit

Der Weg zur globalen Vorherrschaft Amerikas lässt sich nicht besser beschreiben, als es der US-amerikanische Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski in seinem Buch „Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ machte. So ist die Hegemonie Amerikas neuen Typs, da sie sich von allen früheren historischen Beispielen abhebt. Brzezinski akzentuiert die Plötzlichkeit der Entstehung, ihr weltweites Ausmaß und die Art und Weise, wie sie sich seither behauptet. Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges bot der USA durch ein starkes Machtgefälle hinsichtlich des irritierten Europas die Chance,

eine umfassende Weltmacht im Sinne aller Machtbereiche zu werden. So dominierte die USA ab 1945 im Militär, in der Wirtschaft, in der Technologie, sowie in der Kultur. Auch wenn letzter Bereich anzuzweifeln ist, bestätigt heutiges kulturelles Verhalten im europäischen Raum, dass eine Internalisierung der amerikanischen Kultur stattgefunden hat. Wie in der Arbeit beschrieben, gründet sich die rasante Machtkumulation auf der Tatsache, dass die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg in Unordnung war. Die Implementierung eines reproduzierbaren Ordnungssystems hinsichtlich neuer demokratischer Prinzipien und interstaatlicher Institutionen und die Einbindung orientierungsloser Großmächte, gescheiterter Mächte und neu aufkommender Entwicklungsländer, manifestierte die durch Amerika initiierte internationale Weltordnung.

Obwohl wir von Marx und seinem „Kapital“ in Anbetracht der Industrialisierung und der gegenwärtigen Digitalisierung immer wieder eines Besseren belehrt werden, ist seine Beschreibung von Institutionen anzuzweifeln. Diese titulierte er als „parasitärer“ Überbau der Wirtschaft und verfehlte somit die Wichtigkeit eben dieser im Ausdehnungsprozess amerikanischer Macht. So kann regelrecht von einer Institutionalisierung amerikanischer Interessenpolitik in Teilen des Rechtssystems, des Militärs und der Wirtschaft gesprochen werden.

Gegenwärtige Risse im Konsens der amerikanischen Wirtschafts- und Außenpolitik sowie innerstaatliche Unruhen deutet auf eine Machterosion der amerikanischen Hegemonie hin. Die starke Überschuldung der öffentlichen Haushalte, das massive Handelsdefizit und der Verlust an Anteilen im Handelsmarkt lässt Anleger an der Stabilität des amerikanischen Finanzmarktes zweifeln. Währenddessen erfindet sich in Asien unter dem Rebalancing-Programm die chinesische Wirtschaft neu.

Die chinesische Wirtschaft avanciert seit Beginn des 21. Jahrhunderts vom neuntgrößten Exportland zum größten der Welt. Das exportgestützte Wachstumsmodell muss jedoch in Anbetracht der geringen Nachhaltigkeit hochsubventionierter Wirtschaftssektoren und der neuen Bedeutung des Binnen- sowie des Finanzmarktes justiert werden. Goldman Sachs prognostiziert, dass China die USA 2027 als Wirtschaftsmacht überholen wird. Andere wiederum meinen zu glauben, dass China 2040 rund 40 Prozent des globalen BIP erwirtschaften wird – alles zukunftsorientierte Projektionen. Die Realität sieht anders aus. Die Weiterführung des bisherigen Wirtschaftsmodells würde implizieren, dass ein Wachstum entsprechend aller Vorhersagen von sechs bis acht Prozent nur erreicht werden

könnte, wenn China in den nächsten Jahren den Anteil am Weltexport verdoppelt. Ein probates Mittel bietet in diesem Fall der Ausbau des Binnenmarktes, der sich angesichts extrem hoher Sparquoten der privaten Haushalte nicht ohne Probleme vollziehen lässt. Die alternde Bevölkerung ist aufgrund eines unzureichenden Niveaus der sozialen Sicherung auf das Sparen angewiesen. Lohnsteigerungen werden demnach nicht direkt in den Binnenmarkt finden. Des Weiteren ist die allgemeine soziale und wirtschaftliche Disparität der Gesellschaft zu bekämpfen. Die im Inland liegenden Provinzen müssen von der Umstrukturierung des Marktes genauso wie die Küstenstädte erfasst werden. Sollten gesellschaftliche Probleme wirtschaftlichen Herausforderungen weiterhin untergeordnet werden, könnte ein innerstaatlicher Gesellschaftskonflikt den Aufstieg Chinas zu einer globalen Supermacht verhindern.

Das größte Machtpotenzial Chinas bleibt jedoch weiterhin nicht nur den eigenen Binnenmarkt auszubauen, sondern den gesamten asiatischen Kontinent in die wirtschaftliche Transformation des 21. Jahrhunderts mit einzubeziehen. Da 50 Prozent der in China produzierten Waren in die umliegenden Länder exportiert werden und der AIIB derzeitige Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte in den asiatischen Entwicklungsländern größtenteils finanziert, ist ein asiatisches Bündnis mit China als führende Nation möglich. Der bislang vernachlässigte Ausbau multilateraler Zusammenarbeit wird insofern immer wichtiger.

Die Dynamik des Renminbis kollidiert derzeit mit dem bürokratisch kommunistischen Währungsapparat. Um den Renminbi als Weltreservewährung etablieren zu können, muss China die restriktive Wechselkurspolitik ablegen und die Liberalisierung der Kapitalmärkte weiter voranstoßen. Dass der Renminbi den US-Dollar als Leitwährung in naher Zukunft ablösen wird, scheint unter der derzeitigen Entwicklung nicht möglich. Die zunehmende Bedeutung des Renminbis ist dennoch nicht abzuwerten. Mit Devisenoffensiven gegen den US-Dollar ist hinsichtlich der enormen US-Dollar-Währungsreserven Chinas nicht zu rechnen. Ein scheiternder US-Dollar kann folglich nicht im Interesse Chinas sein, was die Möglichkeit eines multipolaren Währungssystems immer wahrscheinlicher macht.

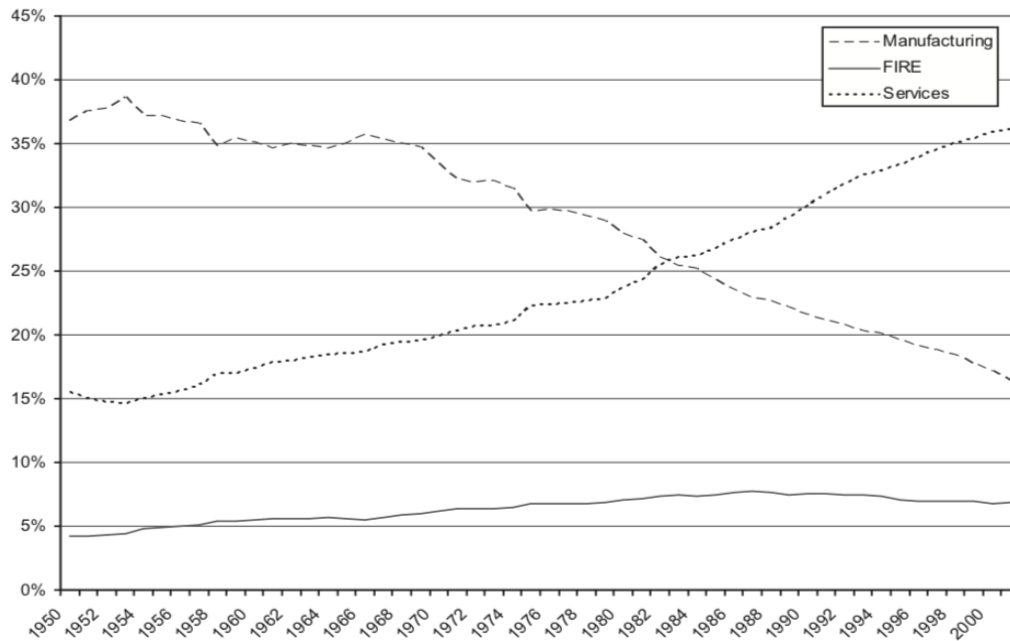
Es wird wohlmöglich noch länger als eine Dekade brauchen, bis China der globalen Hegemonie Amerikas wirtschaftlich entwachsen kann. Gegen eine chinesische Hegemonie im asiatischen Raum spricht gerade nichts. Es sei denn, Japan und Indien fühlen sich anlässlich der chinesischen Dominanz ihrer Autonomie beraubt. Ein

innerasiatischer Konflikt würde einen klaren Machtvorteil auf Seiten der Vereinigten Staaten bedeuten.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:

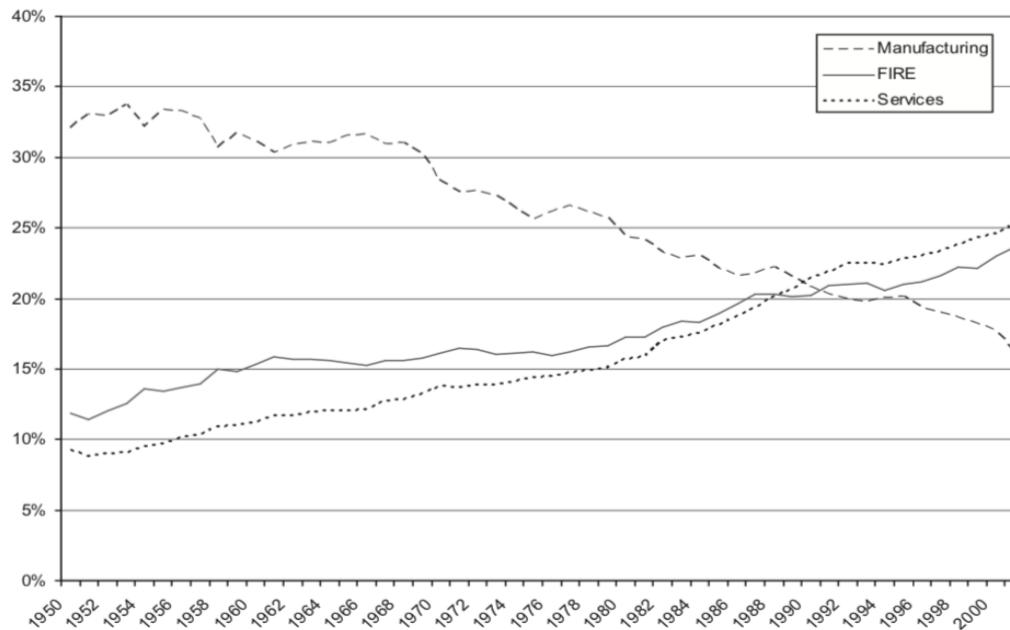
Relative industry shares of employment in US economy, 1950-2001



Quelle: Krippner, Greta R. (2005): The financialization of the American economy; in: Socio-Economic Review, S. 173-208, Los Angeles.

Abbildung 2:

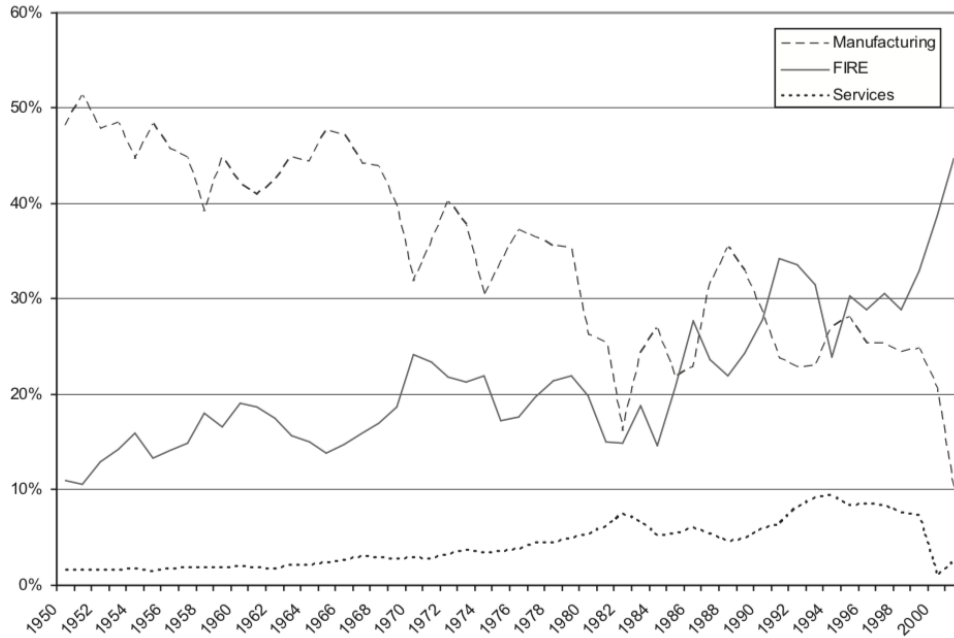
Relative industry shares of current-dollar GDP in US economy, 1950-2001



Quelle: Krippner, Greta R. (2005): The financialization of the American economy; in: Socio-Economic Review, S. 173-208, Los Angeles.

Abbildung 3:

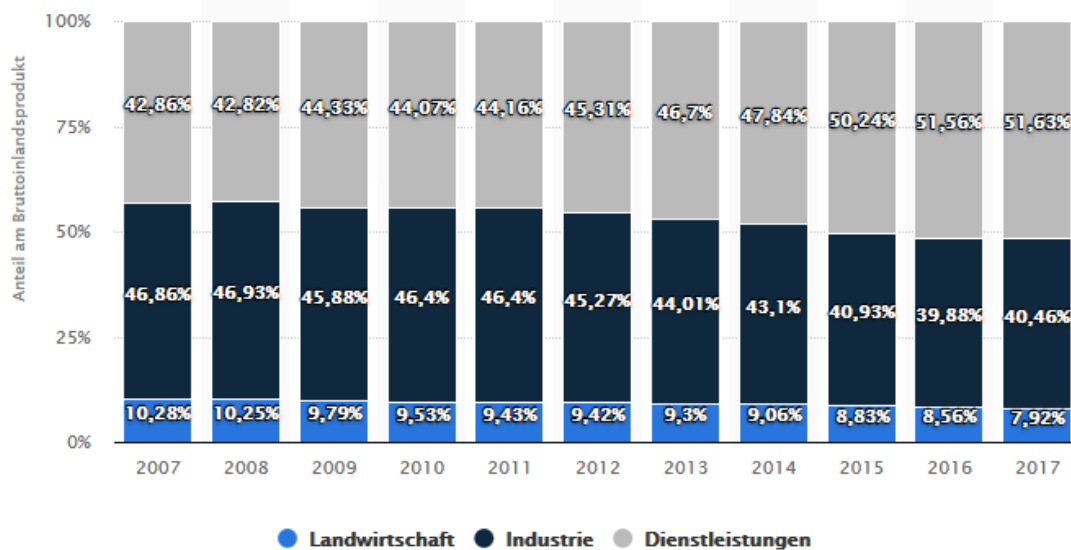
Relative industry shares of corporate profits in US economy, 1950-2001



Quelle: Krippner, Greta R. (2005): The financialization of the American economy; in: Socio-Economic Review, S. 173-208, Los Angeles.

Abbildung 4:

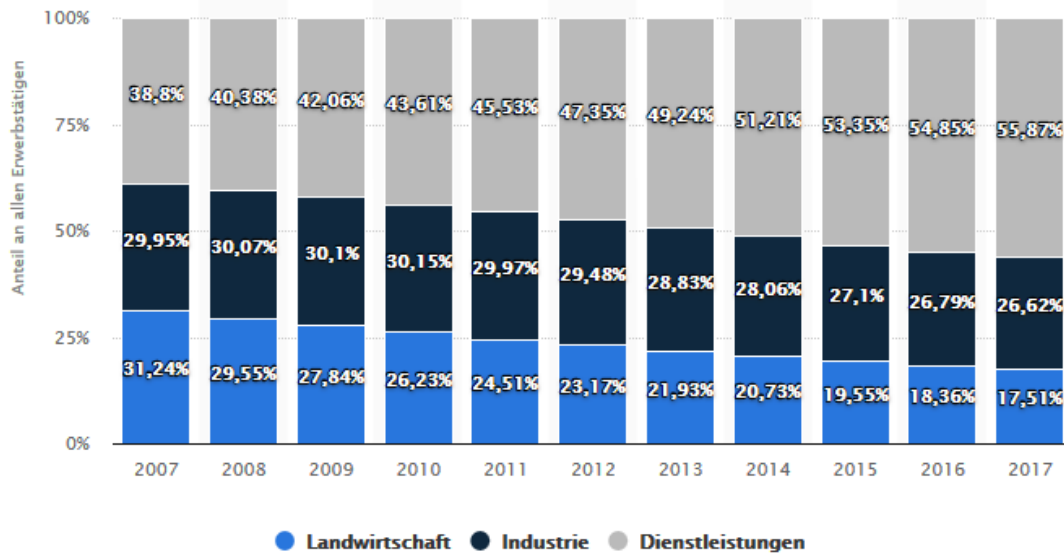
China: Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2007 bis 2017



Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167156/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bruttoinlandsprodukt-in-china/>

Abbildung 5:

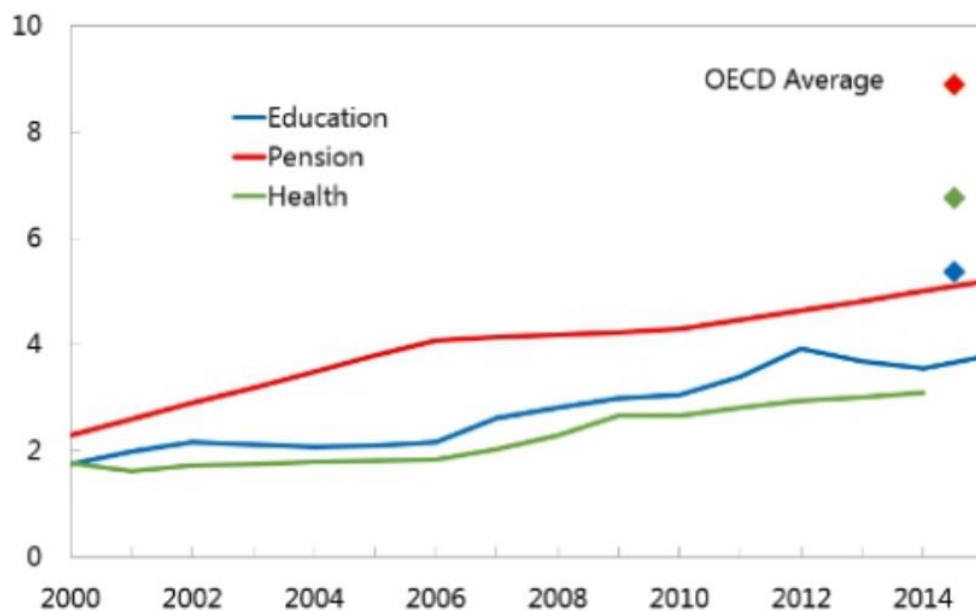
China: Verteilung der Erwerbstätigen auf die Wirtschaftssektoren von 2007 bis 2017



Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167160/umfrage/erwerbstaetige-nach-wirtschaftssektoren-in-china/>

Abbildung 6:

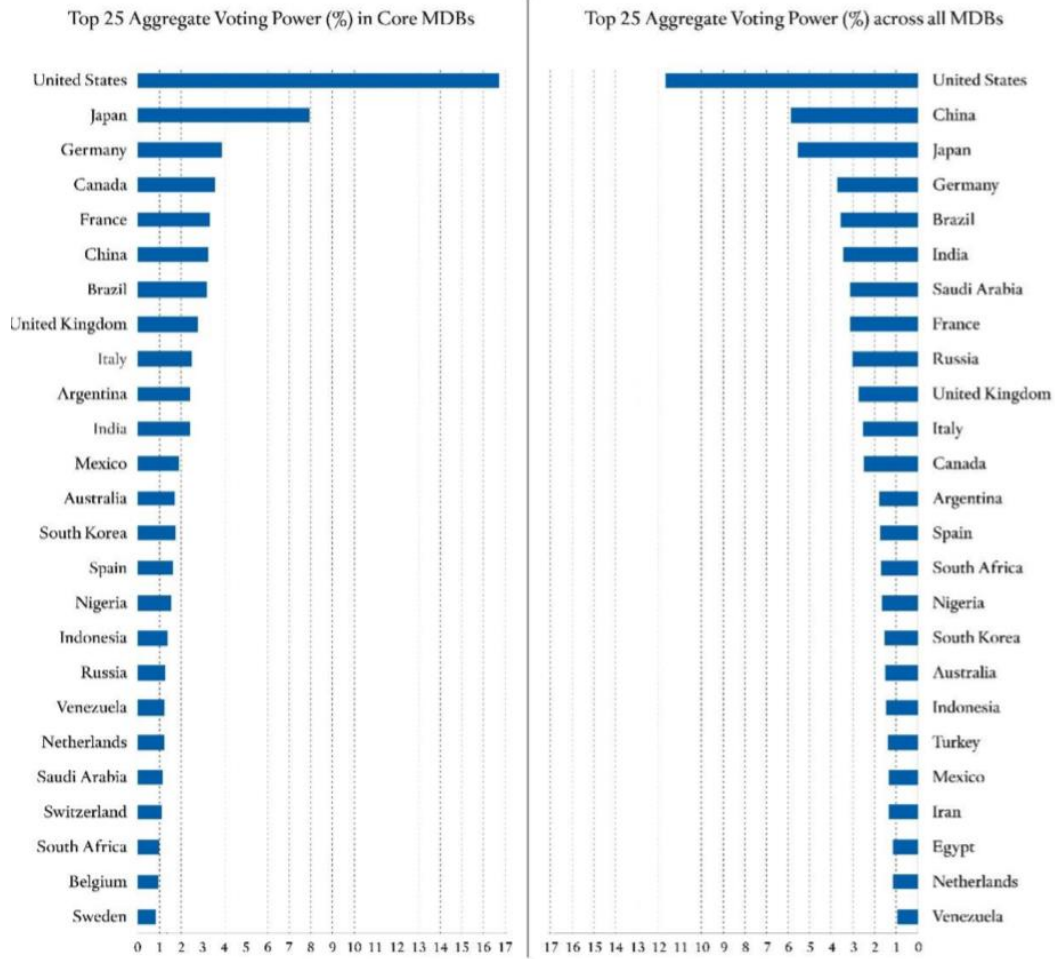
China's spending on education, pensions, and health is going up, but it's still well below OECD levels



Quelle: <https://finanzmarktwelt.de/iwf-meint-es-mal-wieder-zu-gut-china-soll-weniger-sparen-kredite-zurueckfahren-mehr-konsumieren-66418/>

Abbildung 7:

Aggregate Voter Power in MDBs



Quelle: Morris, Scott (2016): Responding to AIIB. U.S. Leadership at the Multilateral Development Banks in a New Era, New York.

Literaturverzeichnis

Baldwin, Allen B. (1985): *Economic Statecraft*, Princeton.

Bieling, Hans-Jürgen (2007): *Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung*.

Block, Fred (1987): *Revising State Theory: Essay on Politics and Postindustrialism*, Philadelphia.

Cafruny, Alan (1990): *A Gramscian Concept of Declining Hegemony: States of US Power and the Evolution of International Economic Relations*; in: Raskin, David P. (Hrsg.): *World Leadership and Hegemony*, Boulder: Lynne Rienner, S. 97-118.

Cox, Robert (1983): *Gramsci, Hegemony and International Relations*; in *Millenium* Nr. 12, S. 162-175.

Dicken, Peter (2004): *The Global Shift. Reshaping the Global Economy Map in the 21st Century*, London.

Eichengreen, Barry (2000): *Vom Goldstandard zum internationalen Währungssystem*, Berlin.

Eichengreen, Barry (2011): *Exorbitant Privelege. The Rise and Fall of the Dollar and the Future of the International Monetary System*, Oxford.

Gilpin, Robert (1975): *U.S. Power and the Multinational Corporation*, New York.

Gilpin, Robert (1981): *War and Change in World Politics*, New York.

Gilpin, Robert (2001): *Global Political Economy*, Princeton.

Glebe, Dirk (2008): *Börse verstehen: Die globale Finanzkrise*.

Gramsci, Antonio (1971): Selection from the Prison Notebooks, Hoare Q., Smith G.N (Hrsg.), New York.

Green, Michael J.; Szechenyi, Nicholas (2014): Power and Order in Asia. A Survey of Regional Expectations, Washington D.C..

Gowan, Peter (1999): The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance, London.

Hirschman, Albert O. (1969): National Power and the Structure of Foreign Trade, Berkley.

Ikenberry, John G.; Lim, Darren J. (2017): China's emerging institutional statecraft. The Asian Infrastructure Investment Bank and the prospects for counter-hegemony, Washington D.C..

Keohane, Robert O. (1984): After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy, Princeton.

Kirshner, Jonathan (1995): Currency and Coercion: The Political Economy of International Monetary Power, Princeton.

Krippner, Greta R. (2005): The financialization of the American economy; in: Socio-Economic Review, S. 173-208, Los Angeles.

Kuttner, Robert (1991): The End of Laissez-Faire: National Purpose and the Global Economy After Cold War, Philadelphia.

Lauth, Hans-Joachim; Zimmerling, Ruth (2010): Internationale Politik, Paderborn.

Madison, Angus (1995): Monitoring the World Economy, Paris.

Morris, Scott (2016): Responding to AIIB. U.S. Leadership at the Multilateral Development Banks in a New Era, New York.

Musil, Robert (2003): Neue Wege des Wirtschaftens; in: Becker, Joachim; Heinz, Roland; Imhof, Karen; Küblböck, Karin; Matzenreiter, Wolfram (2003): Geld. Macht. Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft, S. 243-263, Wien.

Nye, Joseph S. (2011): Macht im 21. Jahrhundert, München.

Leiva, Fernando I. (2008): Toward a Critique of Latin American Neostructuralism; in: Latin American Politics and Society, Band 50, Nr. 4, S. 1-25.

Poulantzas, Nicos (1973): Die Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Nationalstaat, Berlin.

Racota, Despina-Simona (1999): Globale Konsequenzen der Asienkrise, Pacific News, Nr. 13.

Rudolf, Joachim; Tester, Elisabeth (2016): China. Der nächste Horizont, Zürich.

Scherrer, Christoph (2001): ‚Double Hegemony‘? State and Class in American Foreign Economic Policymaking; in: Amerikastudien 46, S. 573-591.

Schwuchow, Sören C. (2014): Völkerrecht als Restriktion für das Handeln von Regierungen, Hildesheim.

Stier, Olaf; Bernoth, Kerstin ; Fisher, Alexander (2010): Die Internationalisierung des chinesischen Renminbi: Eine Chance für China, Nr. 20, Berlin.

Tester, Elisabeth (2014): Das missverstandene China. Finanz und Wirtschaft, 7.05.2014, Nr. 35.

Triefen, Robert (1960): Gold and the Dollar Crisis: The Future of Convertibility, New Haven.

Weiss, Martin A. (2017): Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), Washington.

Internetquellen

DIW Berlin (o.V.): Chinesische Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Online im Internet

<https://www.diw.de/de/diw_01.c.429160.de/themen_nachrichten/chinesische_wirtschaft_steht_vor_grossen_herausforderungen.html>, 09.10.2013, [10.08.2018].

Erling, Johnny: Chinas unersättliche Gier nach Rohstoffen ist riskant. Online im Internet <<https://www.welt.de/wirtschaft/article172436295/Chinas-riskante-Gier-nach-Rohstoffen.html>>, 13.01.2018, [zugegriffen am: 11.08.2018].

Finanzmarktwelt (o.V.): Der IWF meint es mal wieder zu gut: China soll weniger sparen, Kredite zurückfahren, mehr konsumieren. Online im Internet

<<https://finanzmarktwelt.de/iwf-meint-es-mal-wieder-zu-gut-china-soll-weniger-sparen-kredite-zurueckfahren-mehr-konsumieren-66418/>>, 18.08.2017, [10.08.2018].

Kay, John: The fallacy of equating economic power with clout. Online im Internet <<https://www.johnkay.com/2009/03/25/the-fallacy-of-equating-economic-power-with-clout/>>, 25.03.2009, [zugegriffen am: 27.07.2018].

Kruber, Prof. Dr. Klaus-Peter: Internationaler Währungsfonds und Weltbankgruppe. Online im Internet <<http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/55457/iwf-und-weltbank?p=all>>, 16.01.2012, [zugegriffen am: 06.08.2017].

Mallien, Jan: Yuan fällt auf tiefsten Stand seit einem Jahr. Online im Internet

<<https://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/chinesische-waehrung-yuan-faellt-auf-tiefsten-stand-seit-einem-jahr/22819612.html?ticket=ST-1599118-MbmjTQWnATm6LMEIxMz5-ap1>>, 19.07.2018, [zugegriffen am: 13.08.2018].

OECD (o.V.): China. Online im Internet

<<https://atlas.media.mit.edu/de/profile/country/chn/>>, [zugegriffen am: 11.08.2017].

Pletter, Romas: Donald Trump macht den Dollar klein. Online im Internet

<<https://www.zeit.de/2017/14/geldpolitik-waehrung-dollar-donald-trump>>, 30.03.2017, [12.08.2018].

Raschen, Dr. Martin: Wohin steuert China und was bedeutet das für die Welt und Deutschland? Online im Internet <<https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-Nr.-46-Februar-2014.pdf>>, 13.02.2014, [zugegriffen am: 10.08.2018].

Sautter, Prof. Dr. Hermann: Das Bretton-Woods-System. Online im Internet <<http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/54851/bretton-woods-system?p=all>>, 12.01.2012, [zugegriffen am: 06.08.2018].

Schröder, Thorsten: Die Bauernopfer. Online im Internet <<https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-06/usa-china-handelsstreit-strafoelle-donald-trump>>, 23.06.2018, [zugegriffen am: 11.08.2018].

Spiegel: US-Handelsdefizit auf höchstem Wert seit 2008. Online im Internet <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/usa-amerikanisches-handelsbilanzdefizit-steigt-auf-hoechsten-wert-seit-2008-a-1192054.html>>, 06.02.2018, [zugegriffen am: 12.08.2018].

Statista: Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern im Jahr 2017. Online im Internet <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37088/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bip-ausgewaehlter-laender/>>, 2017, [zugegriffen am: 10.08.2018].

Statista: China: Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2008 bis 2018 (gegenüber dem Vorjahr). Online im Internet <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14560/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-china/>>, 2018, [zugegriffen am: 08.08.2018].

Statista: Die 20 größten Exportländer weltweit im Jahr 2017 (in Milliarden US-Dollar). Online im Internet <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37013/umfrage/ranking-der-top-20-exportlaender-weltweit/>>, 2017, [zugegriffen am: 11.08.2018].

Statista: Die 20 größten Importländer weltweit im Jahr 2017 (in Milliarden US-Dollar).

Online im Internet

<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157858/umfrage/groesste-importlaender-weltweit/>>, 2017, [zugegriffen am: 11.08.2018].

Statista: Durchschnittliches Jahresgehalt eines Beschäftigten in China von 2006 bis

2016 (in Yuan). Online im Internet

<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/219744/umfrage/durchschnittliches-jahresgehalt-eines-beschaeftigten-in-china/>>, 2016, [zugegriffen am: 11.08.2018].

Statista: USA: Staatsverschuldung von Juli 2017 bis Juli 2018* (in Billionen US-

Dollar). Online im Internet

<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/187893/umfrage/staatsverschuldung-der-usa-monatswerte/>>, 2018, [zugegriffen am: 12.08.2018].

Statista: Währungsreserven von China von 2009 bis 2017 (in Milliarden US-Dollar).

Online im Internet

<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/219312/umfrage/waehrungsreserven-von-china/>>, 01.02.2018, [zugegriffen am: 13.08.2018].

White House Press Office (o.V.): Inaugural Address by President Barack Hussein Obama. Online

im Internet < <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2013/01/21/inaugural-address-president-barack-obama> >, 21.01.2013, [zugegriffen am: 24.07.2018].

Zöttl, Ines: Verbrannte Erde. Online im Internet

<<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/handelskriege-der-usa-donald-trump-a-1222852.html>>, 13.08.2018, [zugegriffen am: 13.08.2018].